Nr. 157 ♦ 41. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 78

**Bezugspreis:**
Wöchentlich 70 Goldpfennig vor aus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Frauenbeilage „Frauenwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**10 Goldpfennig**
**100 Milliarden**

**Anzeigenpreise:**
Die einspaltige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamezeile 4.— Goldmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark.
**Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.**

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295; Verlag: Dönhoff 2506—2507

Mittwoch, den 2. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

# Die „Micum" droht.

## Fortsetzung der Lieferungen oder Sanktionen!

Bochum, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Montagnachmittag empfing die „Micum" in Düsseldorf Vertreter der Bergarbeiter und der Angestellten zu der von diesen nachgesuchten Besprechung über ihre Zulassung bei eventuellen Verhandlungen über die Erneuerung der Micum-Verträge.

Das Vorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes Gen. Martmoeller begründete das Verlangen der Arbeiter und Angestellten im Bergbau, indem er darauf hinwies, daß diese in ihren materiellen und sozialen Interessen durch das Micum-Abkommen wesentlich berührt werden und infolgedessen als direkt Beteiligte anzusehen seien. Es bestehe die Gefahr, daß die Arbeiterschaft zusammenbricht, wenn der jetzige Druck fortdauere.

Demgegenüber erklärte der Vorsitzende der Micum Frantzen, ihm scheine, daß sich seit November nichts ereignet habe, was eine Aenderung der Auffassungen bedinge. Ueber die Lohnfrage würde nicht verhandelt werden. Die Verhandlungen der Micum mit den Unternehmern trügen nur wirtschaftlichen Charakter; dagegen sei die Micum immer bereit gewesen, über Berufsfragen der Arbeiterschaft mit den Verbänden in Verbindung zu bleiben. Daß die Verträge auf die Lage der Arbeiterschaft einwirkten, sei richtig, aber über die Verteilung der Lasten müßten zwischen den Arbeitern, den Unternehmern und der deutschen Regierung besondere Verhandlungen gepflogen werden. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern handle es sich nur um die Festsetzung der Lasten, darum fänden sie nur mit den direkt Beteiligten statt. Die Verteilung der Lasten stehe nicht zur Debatte. Der Charakter der Micum-Verträge sei ein vorläufiger. Sie hätten den Zweck, die Leistungen, auf die die Besatzungsmächte auf Grund des Friedensvertrages Anspruch haben, sicherzustellen, aber auch die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet und die Existenz der Arbeiterschaft zu sichern. Bis jetzt hätten die Unternehmer noch keinen Beweis dafür erbracht, daß die Micum-Lasten unerträglich seien. Alle Auskünfte, die die Micum bis jetzt gesammelt habe, ließen den Schluß zu, daß die Kosten vom Ruhrrevier zu tragen sind und die Kohlenpreise in einer Höhe festgesetzt werden könnten, die die Lebensfähigkeit der Wirtschaft auch im unbesetzten Gebiet sicherstellt.

Auf die Frage der Arbeitnehmer, was nach dem 15. April werden solle, wurde erwidert, daß kein Interessierter für die Beendigung der Micum-Verträge eintreten könnte. Würden die Lieferungen nach dem 15. April eingestellt, so würde das von den Besatzungsmächten als Wiederbeginn des passiven Widerstandes betrachtet werden. Ein solches Beginnen würde wie im vorigen Jahre Sanktionen mit allen Konsequenzen nach sich ziehen.

Zum Schluß der Aussprache wurde von der Micum nochmals festgestellt, daß die Arbeitnehmervertreter zu den Verhandlungen unmittelbar nicht herangezogen würden, aber über den Gang der Verhandlungen fortlaufend unterrichtet werden sollen und falls der Wunsch besteht, während der Verhandlungen empfangen würden. Mit diesem Bescheid wurden die Arbeiter- und Angestelltenvertreter entlassen.

*

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Das Kernstück der sogenannten Micum-Verträge sind die Kohlenverträge, die auch jetzt im Vordergrund der Verhandlungen stehen. Durch sie ist der Ruhrbergbau verpflichtet worden, 27 Proz. der Kohlenförderung ohne jede Bezahlung an die Besatzungstruppen abzuführen. Für die zum Verkauf freistehenden Restmengen wird als weitere Belastung eine Kohlensteuer von 8 Frank pro Tonne erhoben. Nach französischer Angabe erhielt Frankreich im Februar insgesamt 808 700 Tonnen (gegen 775 900 Tonnen im Januar, 584 000 Tonnen im Dezember) und Belgien 471 679 Tonnen Brennstoffe; Frankreich und Belgien erhielten also in einem Monat (Februar) 1 280 379 Tonnen. Mit diesen Mengen erklären sich jedoch die Besatzungsmächte nicht zufrieden. Sie fordern ab 1. April, unabhängig von den Fördermengen, die ihnen seinerzeit von der Reparationskommission zugesprochenen Kohlenmengen in Höhe von 1,8 Millionen Tonnen monatlich. Die Zechenbesitzer weigern sich indessen, nicht nur das neue Verlangen der Micum zu erfüllen, sondern lehnen es überhaupt ab, weitere Verträge mit ähnlichen Belastungen wie die jetzt bestehenden abzuschließen.

Die unmittelbaren Wirkungen des Kohlenvertrages haben dazu geführt, daß die Magerkohlenzechen an der Ruhr völlig stillgelegt worden sind und auf den übrigen Schachtanlagen Feierschichten und starke Belegschaftsverminderungen durchgeführt wurden. Die Produktionskosten des Bergbaues sind infolge der Micum-Belastungen trotz der mehr als bedenklich verlängerten Arbeitszeit, trotz der auf 70 Proz. der Vorkriegszeit herabgesetzten Bergarbeiterlöhne und der 170 bis 190 Proz. über dem Friedensniveau liegenden Kohlenpreise so erheblich gestiegen, daß die minder rentablen Kohlenzechen völlig ausgeschaltet worden sind und die Ruhrkohle sogar im eigentlichen Industriegebiet selbst konkurrenzunfähig geworden ist. Deshalb betonen die Unternehmer, daß jeder kommende Vertrag entweder die Lebenslage der Arbeiter noch um vieles weiter verschlechtern oder die Reichsregierung dazu übergehen müsse, die Kohlenlieferungen auf Kosten des Reiches zu übernehmen. Da nach Luthers Erklärungen die Reichsregierung nicht in der Lage ist, die Sachleistungen der besetzten Gebiete zu finanzieren, und auch die Gewerkschaften betonen, daß an eine weitere Senkung der Lebenshaltung der Bergarbeiter unter keinen Umständen gedacht werden könne, vielmehr eine sofortige wesentliche Erhöhung der Löhne notwendig sei, ist es noch völlig ungewiß, was nach dem 15. April, also dem Ablauftermin für die Verträge, werden soll.

# Probe aufs Recht.

## Was wird mit Mühsam, Toller, Fechenbach . . .?

Das Urteil im Hitler-Ludendorff-Prozeß mag einem gefallen oder nicht — jedenfalls ist nichts mehr daran zu ändern. Wohl hätte das Reich das Recht, es zu kassieren und die Angeklagten samt dem ausgerissenen Dreigestirn Kahr-Lossow-Seißer vor das Reichsgericht zu zitieren — aber schon der Gedanke an eine solche Möglichkeit wird bei der Reichsregierung bleiches Entsetzen hervorrufen, und außerdem ist Emminger Reichsjustizminister.

Bemühen wir uns also, das gefällte unwiderrufliche Urteil nicht zu schelten, sondern es zu verstehen. Begreifen wir, daß den Münchener Richtern der Hochverrat gegen die jetzige Reichsverfassung keines besonderen Aufhebens wert erscheint. Begreifen wir, daß sie, unter dem Einfluß der Münchener Atmosphäre, in den Angeklagten keineswegs in Schweizer Franken honorierte, krippenlüsterne Abenteurer, sondern reine Idealisten von lauterstem Seelenadel erblickten. Tun wir unserem eigenen Rechtsempfinden Gewalt an, stellen wir uns vor, dieses Urteil wäre gerecht.

Aber — trotz alles Bemühens, uns in das Seelenleben ganz anders denkender und fühlender Menschen zu versetzen, kommen wir alsbald an einen Punkt, wo bei dem heutigen Stand der Dinge jeder Verständigungsversuch aufhören muß. Denn angenommen, das Münchener Volksgericht, das über Hitler und Genossen zu urteilen hatte, sei der reinste Quell der Gerechtigkeit gewesen, wie läßt es sich dann rechtfertigen, daß in Bayern politische Gefangene anderer Richtung auch nur noch einen Tag nach der Fällung dieses Urteils ihrer Freiheit beraubt bleiben?

Hier ist die große Probe, bei der es sich entscheidet, ob es sich in Bayern überhaupt noch — so anfechtbar sie an sich sein mögen — um Rechtsgrundsätze handelt, die zur Anwendung gebracht werden, oder ob die bayerische Justiz zu einer verbrecherischen Institution geworden ist, die im Namen des Rechts bewußt schamlose Willkür übt.

Wir wissen nicht, wieviel Jahre Zuchthaus und Gefängnis nach bayerischen Urteilssprüchen von sogenannten „Marxisten" zu verbüßen sind. Wir sind nicht in der Lage, die Namen aller derjenigen zu nennen, die heute — heute noch — in Freiheit gesetzt werden müssen, wenn Bayern seinen Ruf, ein zivilisiertes Land zu sein, retten will. Wir können in diesem Augenblick nur ein paar Fälle herausgreifen.

Da sind die Gefangenen von Niederschönenfeld! Sie sind seinerzeit wegen ihrer Beteiligung am Münchener Räteputsch zu langjährigen Festungsstrafen verurteilt worden. Sie sitzen jetzt fünf Jahre, das heißt genau so lange, wie die Schwerstverurteilten des Hitler-Prozesses sitzen müßten, wenn ihnen nicht nach sechs Monaten Freilassung mit Bewährungsfrist in Aussicht gestellt worden wäre. Keinem von ihnen ist bisher auch nur ein Tag ihrer Freiheitsstrafe erlassen worden.

Der Schriftsteller Erich Mühsam hat noch zehn Jahre abzubüßen. Das Urteil, das seinerzeit eine fünfzehnjährige Freiheitsstrafe über ihn verhängte, hat ihm seinen Idealismus, seine lautere, ehrenvolle Gesinnung attestiert. Er ist schwer herz- und ohrenleidend. Aber als vor etwa drei Monaten sein Bruder für ihn ein Gesuch einreichte, ihn auf Bewährungsfrist zu entlassen oder ihn wenigstens einer Krankenanstalt zu überweisen, da kam dieses Gesuch als „nicht geeignet zur Weitergabe" wieder zurück.

Der Münchener Räteputsch hat zweifellos schweres Unheil über Bayern und ganz Deutschland gebracht. Es war verständlich, daß diejenigen, die sich an ihm hervorragend beteiligten, harter Strafe verfielen. Aber auf den Namen von Idealisten haben sie mindestens — wahrhaftig mindestens! — dasselbe Recht wie die Novemberputschisten vom Jahre 1923. Ließen sich diese, nehmen wir an, von dem unklaren Gedanken einer großen nationalen Befreiung leiten, so träumten die Räteputschisten von einer Befreiung der ganzen Welt, der gesamten Menschheit, vor allem also auch des deutschen Volkes, durch eine Weltrevolution.

Die harte Behandlung, die die Gefangenen von Niederschönenfeld erfahren, könnte gewissermaßen gerechtfertigt werden durch das Urteil im Hitler-Prozeß, nämlich wenn dieses die Putschisten von 1923 mit dem gleichen Maß gemessen hätte wie die von 1919. Dann hätte es aber auf Ludendorff und Genossen zehn- und fünfzehnjährige Freiheitsstrafen nur so hageln müssen.

Ludendorff ist frei, fünf andere, darunter sein Stiefsohn, der Judenrazzien veranstaltet und Gelder requiriert hat, brauchen keinen Tag mehr zu sitzen. Vier werden — vielleicht — bei Wein und Braten sechs frohe Festungsmonate verleben. Die Niederschönenfelder sollen aber noch jahrelang in einem Gefängnis schmachten, in dem schon einer von ihnen, der unglückliche Hagemeister, elend zugrunde gegangen ist!

Wer steht auf und sagt: „Das ist Recht!" Vielleicht Herr **Emminger?**

# Arbeiterregierung gegen Geheimverträge.

## Lausannedebatte im Unterhaus.

London, 1. April. (WTB.) Unterhaus. Bei der Einbringung der zweiten Lesung der Bill, betreffend den Friedensvertrag mit der Türkei, ersuchte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Ponsonby das Haus [illegible] die Bill anzunehmen, um eine Ratifizierung ohne [illegible] zu ermöglichen. Er sagte, die Regierung [illegible] Türkei. [illegible] Macdonald werde [illegible] der Debatte sprechen. [illegible] die [illegible] der Arbeiterpartei [illegible]

**[illegible] des Parlaments über den Abschluß internationaler Verträge [illegible]**

[illegible] und daß das Haus [illegible] Gelegenheit erhalte, solche [illegible] vor der endgültigen Ratifizierung zu [illegible]. Es [illegible] der Regierung, jeden Vertrag nach der Unterzeichnung für einen Zeitraum von 21 Tagen auf den Tisch beider Häuser zu legen, nach deren Ablauf der Vertrag ratifiziert und [illegible] werden würde. Im Falle wichtiger Verträge würde die Regierung sie dem Haus zur Erörterung unterbreiten. Da die Regierung jedoch nicht die Entscheidung darüber übernehmen könne, [illegible] oder unwichtig angesehen werden könne, so werde, falls die Erörterung von der Opposition oder irgendeiner anderen [illegible] formell gefordert werde, Zeit zur Erörterung gewährt werden. Dadurch würden [illegible]

**Geheimverträge und geheime Klauseln unmöglich gemacht**

werden. (Beifall.) Es erscheine der Regierung notwendig, daß die [illegible] in allen Fällen dem Parlament unterbreitet würden. Es gebe allerdings internationale Verträge [illegible] technischen Charakters, die keiner Ratifizierung bedürften. Die Regierung wünsche, daß das Parlament die Aufsicht über Abkommen, Verpflichtungen und Vereinbarungen ausübe, durch die [illegible] Nation unter gewissen Umständen gebunden werden könne [illegible] Verpflichtungen [illegible] Charakters [illegible] [illegible] unterzeichnet [illegible] [illegible] Partei kandidiert [illegible] Breslau [illegible]

Dokument bestehe. Die Regierung werde das Haus über alle Abkommen, Verpflichtungen und Vereinbarungen unterrichten, die in irgendeiner Weise die Nation unter gewissen Umständen zu besonderer Aktion verpflichten könnten.

Abg. Hoare (kons.) fragte, ob der Premierminister den Vertrag billige oder nicht. Nach den Ausführungen Ponsonbys zu schließen, würde die Regierung keinen Vertrag von irgendwelcher Bedeutung ohne die Zustimmung des Hauses eingehen. Er nehme daher an, daß der Premierminister kein Uebereinkommen mit den Alliierten über die Frage der Reparationen eingehen werde und daß [illegible] kein wichtiges Uebereinkommen mit der russischen Delegation eingegangen werde ohne die vorherige Billigung des Hauses. (Ramsay Macdonald schüttelt bei diesen Bemerkungen Hoares den Kopf.) Hoare fährt fort: Als Lord Curzon 1922 nach Lausanne ging, habe es sich

**nicht darum gehandelt, Bedingungen zu diktieren, die England als Sieger dem Besiegten aufzuerlegen wünschte,**

so wie in Versailles, St. Germain und Neuilly diktiert worden sei, sondern darum, Punkt für Punkt zu verhandeln und nicht nur die Alliierten Englands zu überzeugen, sondern auch die Türken, die soeben einen großen Sieg über die Griechen davongetragen hatten und vollkommen bereit waren, den Kampf fortzusetzen, in dem vollen Bewußtsein, daß weder England noch die übrigen Alliierten irgendeine Absicht hätten, die Bedingungen mit der Spitze des Bajonetts zu erzwingen. Drei große schwierige Fragen mußten geregelt werden: Die Kapitulationen, die Behandlung der christlichen Minderheiten und die Freiheit der Meerengen. Die Tatsache, daß der türkische Nationalstaat die souveränen Vollmachten eines unabhängigen Staates beanspruchte, mußten berücksichtigt werden. Bezug nehmend auf die Frage der Freiheit der Meerengen erklärte Hoare, es sei von nicht geringem Vorteil, daß das

**Schwarze Meer nicht mehr ein verschlossenes Gehege für Rußland und die Donaustaaten**

sei, und daß die Zufahrt durch die Meerengen nicht nur den Handelsschiffen, sondern auch den Kriegsschiffen der westeuropäischen Mächte offenstehe.

Und da ist Fechenbach mit seinen beiden Leidensgenossen! Er ist zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wegen Weitergabe einer diplomatischen Urkunde, wodurch ein Eingreifen des Papstes zugunsten Deutschlands bei den Friedensverhandlungen verhindert worden sein soll. Die politische Konstruktion dieses Urteils hat bei allen Sachverständigen Gelächter erregt und ist im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages als ein sinnloses Phantasieprodukt festgestellt worden. Alle Reichstagsjuristen — mit Ausnahme des Herrn Emminger — stimmen darin überein, daß das Urteil gegen Fechenbach und Genossen eine juristische Ungeheuerlichkeit und die Ausgeburt der schlimmsten parteipolitischen Voreingenommenheit ist.

Ist der Gedanke, daß Fechenbach im Zuchthaus bleiben soll — nach dem Urteil im Hitler-Ludendorff-Prozeß — für einen anständigen, rechtlich empfindenden Menschen überhaupt noch zu ertragen?

Wohlgemerkt, es handelt sich nicht nur um Mühsam und Genossen, nicht nur um Fechenbach und Genossen! Nur die bayerische Justiz könnte darüber Auskunft geben, wie viele Gegner des in Bayern herrschenden Systems sie noch in ihren Kerkern gefangen hält.

Von diesen allen darf kein einziger auch nur einen Tag länger hinter Kerkermauern verbringen, wenn nicht die offenen und maskierten Freisprüche des Hitler-Prozesses zu einer vernichtenden Selbstverurteilung der bayerischen Justiz werden sollen. Bliebe es in Bayern, wie es heute ist, so müßte man in vergangenen Zeiten schlimmster Barbarei Umschau halten, um etwas Aehnliches zu finden.

Bayern will Deutschland befreien? Es ist das Schand- und Brandmal der deutschen Nation, wenn es nicht Einkehr hält!

## Deutschlands Schande.

### Das Münchener Urteil im Spiegel der Presse.

Die Presse der bürgerlichen Mitte ist sich darüber einig, daß das Urteil im Hitler-Prozeß einen Skandal für die Rechtsprechung bedeutet und daß es die Staatsautorität gefährdet. Selbst in der volksparteilichen „Zeit" heißt es:

Man wird nicht behaupten können, daß dieses Strafmaß abschreckend wirkt und diejenigen zur Besinnung bringen kann, die auch heute noch mit dem Gedanken eines gewaltsamen inneren Umsturzes spielen. Zweifellos hätte jeder andere Gerichtshof, hätte jedenfalls der Staatsgerichtshof in Leipzig das hochverräterische Unternehmen Hitlers und seiner Mitverschworenen strenger bestraft.

„Im übrigen trägt das Münchener Volksgericht selbst die Verantwortung für das Urteil, das es gefällt hat. Welche politischen Folgen daraus erwachsen werden, wird die Zukunft zeigen."

Reichlich spät erinnert das Organ des Herrn Stresemann an die „recht peinlichen" Erscheinungen des Prozesses, „die zuweilen in offene Verhöhnung und Beschimpfung des Reichspräsidenten und der Reichswehr ausarteten."

Das „Berliner Tageblatt" nennt das Urteil eine Bankrotterklärung der bayrischen Gerichtsbarkeit, die selbst angesichts zahlreicher Fehlurteile in der Strafjustiz unserer Tage vollkommen beispiellos sei, und erinnert an die Kundgebungen der Reichsregierung, des bayrischen Kabinetts und Kahrs vom 9. November 1923, in denen der Putsch mit den härtesten Worten ein nationales Unglück für Deutschland genannt und eine rücksichtslose Bestrafung in Aussicht gestellt wurde. Unter dem Druck der Straße habe demgegenüber das Volksgericht auf Freispruch oder auf eine formelle Verurteilung erkannt, die in Wahrheit den Freispruch nur höhnisch maskiert, während Fechenbach lediglich wegen der Veröffentlichung des Ritter-Telegramms eine zehnjährige Zuchthausstrafe abbüße. Das Münchener Volksgericht beteilige sich mit den Angeklagten an der Verhöhnung des Gerichts. Die Putschisten können heute schon wieder ihre Putscharbeit aufnehmen.

Die „Vossische Zeitung" macht darauf aufmerksam, daß die 5 Jahre Festung, zu der die Hauptangeklagten verurteilt wurden, die Mindeststrafe für das Verbrechen des Hochverrats sind, und daß auch diese Mindeststrafe nicht wirksam wird. Weiter heißt es dann in dem demokratischen Blatt:

„Was aber soll aus einem Reich werden, das seine innere Ordnung und Sicherheit nicht mehr zu garantieren vermag? Nachdem sich gezeigt hatte, daß die ordentliche Gerichtsbarkeit zum Schutz der Staatsform und der Staatslenker nicht ausreichte, hat man sich entschlossen gehabt, ein außerordentliches Gericht einzusetzen. Mit ihm aber konkurrieren außerordentliche Gerichte eines einzelnen Landes, das diesem Reich zumindest entziehen will, was irgend ihm entzogen werden kann. Das außerordentliche Gericht des Reiches soll aufgehoben werden, das des Landes ist durch einen Akt von Sondergesetzgebung schlimmster Art konserviert worden. Voll Sorge fragt man sich: Was soll aus unserem Reich werden?

Ludendorff und seine Freunde stecken schwarzweißrote Wimpel auf. Das Reich aber möge sein schwarzrotgoldenes Banner umfloren."

Außerordentlich scharfe Worte findet die „Germania" für das Urteil. Es heißt da u. a.:

Nicht allein von juristischem Standpunkt aus, sondern noch mehr unter dem Gesichtswinkel staatlicher Notwendigkeiten muß man das Münchener Urteil auf das lebhafteste bedauern. Denn es bedeutet praktisch einen Freispruch und einen Freibrief für Hochverräter. Mit dem Urteil ist die Staatsautorität und das Rechtsempfinden des Volkes zu Grabe getragen worden. Es ist geradezu ein Anreiz für Hochverräter und solche, die es werden wollen. Dieses Gerichtsurteil wird das Vertrauen zur Rechtspflege schwer erschüttern. Im Volke wird man unwillkürlich Vergleiche ziehen zwischen den harten Strafen, die über kommunistische Hochverräter verhängt worden sind und dem milden Urteil, das das Volksgericht gefällt hat. Eine der Grundfesten, auf dem die staatliche Ordnung beruht, ist das Vertrauen zu einer geordneten Rechtspflege. Wie kann aber dieses Vertrauen aufrecht erhalten bleiben, wenn hochverräterische Umtriebe größten Stils fast ungesühnt bleiben. Heute, am Tage der Urteilsfällung, steht im Vordergrund des Interesses die Frage, wie der Gerichtsentscheid auf Rechtsempfinden und Staatsautorität wirkt. Und da kann man nur sagen, daß der 1. April ein schwarzer Tag für das deutsche Volk und sein Ansehen im Ausland gewesen ist. Denn er hat gezeigt, daß Staatsautorität und Verfassung in Deutschland nicht den Schutz genießen, der für ein geordnetes Staatswesen unerläßlich ist, und daß es keine allzu große Gefahr für Hochverräter bedeutet, den Versuch einer gewaltsamen Verfassungsänderung zu machen. Das aber bedeutet das Ende jeden Staatswesens, das ist der Bürgerkrieg in Permanenz."

Es ist gewiß zu begrüßen, daß die bürgerliche Mitte den Justizskandal in München so rückhaltlos verurteilt. Aber man muß sich doch fragen, was diese Deklamationen sollen, wenn ihnen keine Taten folgen. Wohin Bayern marschiert, ist nicht erst seit gestern oder heute bekannt und in der bürgerlichen Presse ist seit Monaten oft genug gesagt worden, daß die Entwicklung in Bayern Unerträglichem zueilt. Sobald aber die Sozialdemokratische Partei ein energisches Vorgehen gegen die bayerischen Hochverräter und ihre offiziellen und inoffiziellen Helfershelfer verlangte, stellte sich die bürgerliche Mitte wie ein Mann vor eben jene Dunkelmänner, denen man heute vorwirft, daß sie mit Staatsautorität und Rechtsempfinden Schindluder treiben.

Ist es wirklich so, wie die „Zeit", „Germania", „Berliner Tageblatt" und „Vossische Zeitung" es schildern, dann mögen die Parteimänner der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten in der Reichsregierung endlich einmal zeigen, daß sich das Reich die ewige Verhöhnung von Recht, Autorität und gutem Glauben nicht länger gefallen läßt. Sonst wirkt der Theaterdonner nur lächerlich und mehr als das — tödlich.

## Ludendorffs Freispruch.

Ueber den Freispruch Ludendorffs heißt es in der Urteilsbegründung, deren Fortsetzung wir hauptsächlich in der Beilage bringen, u. a.:

Ludendorff nimmt eine Sonderstellung ein. Auch er erklärt zwar gleich den übrigen Angeklagten, daß er mit Kahr, Lossow und Seißer habe gehen wollen. Diese Erklärung hatte aber bei ihm einen gerade entgegengesetzten Sinn wie bei den übrigen Angeklagten. Diese wollten Kahr, Lossow und Seißer auf ihre Seite herüberzuziehen und mit ihnen die Beseitigung der Reichsregierung mit Gewalt verwirklichen. Ludendorff behauptet, er habe mit Kahr, Lossow und Seißer auch am 8. und 9. November nur an der Idee der Errichtung einer verfassungsmäßigen Reichsdiktatur arbeiten wollen. Nun ist Tatsache, daß der Gedanke einer Reichsdiktatur auf vielleicht nicht ganz gewaltsamem, jedenfalls aber nicht verfassungswidrigem Wege von Kahr, Lossow und Seißer im Oktober und November ausgiebig erörtert worden ist. Die Mitangeklagten Hitler, Weber und Kriebel scheinen dem Gedanken wenig Aufmerksamkeit gewidmet zu haben, wohl aber ist Ludendorff auf ihn eingegangen, er hat ihn eine „Patentlösung" genannt und auch dem Gedanken seine Unterstützung zugesagt.

**Es ist deshalb nach Ueberzeugung des Gerichts sicher wahr, wenn Ludendorff behauptet, er habe am Abend des 8. November im Bürgerbräu an nichts anderes gedacht, als daß nun der Gedanke der Reichsdiktatur im Kahrschen Sinne greifbare Gestalt angenommen habe.**

Wenn Kahr sich in Gegenwart Ludendorffs entschloß, die Statthalterschaft der Monarchie zu übernehmen, so bezog sich das auf eine rein bayerische Angelegenheit, bei der Ludendorff nicht mitwirken wollte und auch in keiner Weise mitgewirkt hat. Auch die Annahme des Amtes als Führer der Nationalarmee verstieß nicht gegen die Verfassung, die in § 6 nur die Gestaltung der Wehrverfassung der Reichsgesetzgebung sich vorbehält, ohne weitere Vorschriften zu treffen.

**Allerdings hätten Ludendorff bei der Versammlung im Bürgerbräusaal die Augen aufgehen können. Allein eine ganze Reihe von Zeugen hat erklärt, daß er auf der Tribüne so ergriffen war, daß er auf die Vorgänge um ihn kaum achtete. Auch in der folgenden Nacht und am nächsten Morgen hat er sich in der Hauptsache rein passiv verhalten, jedenfalls keine verfassungsändernde Haltung vorgenommen. Seine Teilnahme an dem sogenannten Propagandazug hatte nach seiner glaubwürdigen Erklärung jedenfalls nicht die Bedeutung, das Hitler-Unternehmen noch in letzter Stunde zu retten. Hochverrat liege also auf seiten Ludendorffs nicht vor, auch nicht Beihilfe.**

Mochte die Durchführung der Kahrschen Idee, „Druck auf den Reichspräsidenten zur Erzwingung eines Direktoriums", den Tatbestand der Beamtennötigung erfüllen, so ist nicht einmal ein Anfang zur Durchführung dieser Idee gemacht worden. Ludendorff war also freizusprechen.

Zum Schluß heißt es in der Begründung, das Gericht sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Angeklagten „von rein vaterländischem Geist und von edelstem selbstlosen Willen" geleitet waren und dasselbe zu tun glaubten wie die bayerischen Staatsmänner. Sie waren seit Jahren darauf eingestellt, „daß der Hochverrat von 1918 durch eine befreiende Tat wieder wettgemacht werden müsse". Dem stehe gegenüber, daß eine Weiterführung des Unternehmens die Gefahr eines Bürgerkrieges und schwere außenpolitische wie wirtschaftliche Verwicklungen heraufbeschworen hätte. Trotzdem müsse man den Angeklagten strafmildernde Umstände zubilligen. „Die an sich schon vom Gesetz sehr reichlich bemessene niedrigste Strafgrenze von fünf Jahren Festungshaft für die Haupttäter bildet eine ausreichende Sühne ihres Verbrechens." Für Hitler, dem deutsch denkenden und fühlenden Deutschösterreicher, könne nach Auffassung des Gerichts die Vorschrift des § 9 Abs. 2 des Republikschutzgesetzes ihrem Sinn und ihrer Zweckbestimmung nach keine Anwendung finden. Aus allen diesen Gründen hat das Gericht die Bewilligung von Bewährungsfristen in dem verkündeten Umfange für angezeigt erachtet.

## Exzellenz Ludenström.

Du sagst, liebes Kind:
Gewöhnlich sind
in Strafprozessen
die Richter die kessen.
Wer angeklagt,
ist klein und verzagt
und persönlich versöhnlich —
gewöhnlich.

In München indessen
sind diesmal die kessen
die ergebenst gefragten
Hm — Angeklagten.
Es machten die Richter
devote Gesichter
vorm pechverfolchten,
von hinten erdolchten
Heldenextrem,
vor Ludenström.

„Herr General"
sag'n Sie nicht mal,
nein, so (Reverenz):
„Exzellenz"!

Den Affentanz
verstehst Du nicht ganz?
Du bist nicht im Bilde
Ob solcher Milde?

Ich will Dir die schweren
Fragen erklären.
Die Juristerei
spricht Erichen frei,
das Volksgericht
verknackt ihn nicht,
weil dieser Mann
von Nutzen sein kann.
Nur ein General
ist wahrhaft genial.
Wer wird's riskieren,
nochmal Krieg verlieren?
Es löst dies Problem
nur Ludenström.

Hans Klabautermann.

Kammersänger Tino Pattiera von der Dresdener Staatsoper wird am 5. April als Rudolf in Puccinis „Bohème" und am 8. als José im Deutschen Opernhaus gastieren.

## Konzerte.

Die Internationale Gesellschaft für neue Musik bot uns mit den Philharmonikern unter Stefan Strasser in der Singakademie eine Blütenlese neuester Musik. Es war bestimmt keine Reparationskommission, die sich nach vielen schönen Stunden und diversen Redensarten in ihre verschiedenen Vaterländer-Lieder geräuschlos zurückzieht, sondern nur Kommunisten oder Sansculotten. Den alten Busano dazwischen zu finden, ist sehr peinlich. Um so mehr, als er einer der ärgsten Futuristen dabei ist. Was soll man über ein Ding wie sein Rondo arlecchenesco sagen? Diese fortgesetzten, grauenhaften Attentate auf jedes gesunde Melos und jede vernünftige Harmonie sind selbst für die Tollheiten eines Harlekins zu geschmack- und humorlos. Ueber seine beiden Kollegen Malipiero und Milhaud erübrigt sich jedes Wort. Der einzige Gewinn des Abends war die „Zweite Suite für Orchester" von Bartok. Er ist harmonisch und in der Orchestration fortschrittlich genug. Aber die Kuriositäten dienen bei ihm doch nur als Mittel zum Zweck, als Aeußerungen eines originellen Geistes, der nicht ewig die Sprache eines Wagner oder Strauß wiederkäuen mag. Der Dirigent Stefan Strasser tat den Werken der vier Komponisten mit seinen Philharmonikern alle Ehre an und zeigte sich seinen kniffligen Aufgaben vollauf gewachsen.

Der Madrigalchor gab unter Karl Thiel's vortrefflicher Leitung mit alten Liedern, den Zigeunerliedern von Brahms (die eigentlich für eine Solostimme gesetzt sind) und der Beethovenschen Chorphantasie, sein Konzert. Ich konnte leider nur die Lieder aus dem 16. Jahrhundert hören. Welch ein feiner Genuß diese alten naiven Weisen! Die spielerische Ueberlegenheit, mit der jeder einzelne Sänger in diesem Elitechor seinen Platz ausfüllt, das Reizend-Naive, ist kaum zu überbieten. Kurt Schubert, der treffliche Pianist, spielte außer dem Solopart für die Chorphantasie die Chromatische Phantasie und Fuge von Bach. Erstere mit nicht sehr großer Plastik, die zweite dagegen sehr flüssig, energisch und famos aufgebaut.

Noch ein zweites Mal hörte ich am selben Abend die Chromatische, und zwar von einer Cellistin, Sela Trau. Busoni hat hier wieder einmal den Beweis geliefert, ein wie geistreicher, ja genialer Bearbeiter er im allgemeinen ist, wie fein er andere versteht, wie wenig sich selbst. Wie prachtvoll hat er die Rollen für die Instrumente, Cello und Klavier, verteilt, wie dankbar die des spröden Cello ausgestaltet! Der sehr schwierigen Aufgabe wurde die jugendliche Künstlerin (mit dem sich diesmal sehr stark vordrängenden Begleiter Dr. B. Ernst Wolff) in der Phantasie nicht ganz, in der Fuge ausgezeichnet gerecht. In der Phantasie und in dem ersten Satz des darauffolgenden Haydn-Konzerts ließ die hochbegabte Cellistin ein gut Stück jener Ruhe vermissen, die man etwa bei Földesy findet. Sonst ist ihre Technik einwandfrei und für die allerhöchsten Aufgaben reif. Das Musikalische ist durchaus gesund, der Vortrag geschmackvoll und ohne jede Effekthascherei, allerdings auch etwas der Größe und der tieferen Gefühlstöne entbehrend, die aber mit der Zeit sich noch einstellen können.
H. M.

Der Männerchor „Heidenröslein" gab sein diesjähriges Konzert in der Hochschule für Musik unter Leitung seines Chormeisters P. A. Joseph. Das Programm umfaßte Werke von Mozart, Schubert, Hauptmann, Silcher, Zelter, Joh. Strauß, sowie zwei Chöre von P. A. Joseph, von denen der zweite: „Heinrich Frauenlob" Uraufführung war und den geschickten Dirigenten auch als stilsicheren Komponisten zeigte. Der gut geschulte Männerchor gab sich alle Mühe, dies schwierige Werk erfolgreich zum Klingen zu bringen. Als solistische Beigabe spendeten Dolores Maaß Vorträge auf der Violine und Holde Roscher Soli auf der Harfe. Letztere zeigte beachtenswertes Können und erzielte durch reife Kunst auf ihrer — leider als Soloinstrument immer seltener werdenden — Harfe herzlichsten Beifall, während die Geigerin bedenkliche Gestaltungsfehler (Chaconne!) beging, aber durch eine gewisse temperamentvolle Ursprünglichkeit zeigte, daß ihr Musikantentum in ihr fest verwurzelt sei und nur der Pflege bedürfe. P. A. Joseph begleitete die Geigerin mit Geschmack, während Reinhold Joseph die Chorbegleitung am Flügel ausführte.
-ra.

**Die Staatsbibliothek als Zensor.** In einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis, die gerade den geistigen Arbeiter fast ausschließlich auf die Benutzung öffentlicher Büchereien verweist, da mit privaten Mitteln das nötige Studienmaterial nicht zu erschwingen ist, verfügt eine wohlweise Bibliotheksverwaltung, daß die gesamte „schöngeistige" Literatur seit 1830 nicht ausgeliehen werden darf. Als Begründung wird die geschmackvolle Antwort gegeben, man sei ein wissenschaftliches Institut und keine Leihbibliothek. Wenn also etwa der Philologe, ganz abgesehen vom allgemeinen Lesebedürfnis, sich mit Ergebnissen der modernen Literatur beschäftigen will, so muß er mit dem Jahre 1830 aufhören.

**Flugzeughäfen auf hoher See.** Zur Erleichterung des Flugverkehrs zwischen Europa und Amerika ist in England der Plan aufgetaucht, im Atlantischen Ozean in regelmäßigen Abständen von 750 Kilometern große Flugzeughäfen anzulegen, die als Umsteigestationen dienen sollen. Die schwimmenden Inseln, auf denen sich diese Häfen befinden, werden einen Flächeninhalt von etwa 50 000 Quadratmeter haben. Sie sind mit [illegible] Stahltrossen an großen Bojen befestigt, die fest auf dem Meeresgrund verankert sind. Der Tiefgang der Inseln und ihre Höhe über dem Wasserspiegel werden so groß sein, daß sie selbst bei stärkster See völlig ruhig im Wasser liegen und nicht von den Wogen überflutet werden. Außer dem eigentlichen Flugzeughafen mit seinen Wartesälen will man auf jeder dieser Inseln auch ein Hotel errichten, in dem der Reisende, der [illegible] Anschluß [illegible] warten, die Nacht verbringen kann. Riesige Scheinwerfer werden dem Flugzeugführer in der Dunkelheit die Orientierung erleichtern und ihm die [illegible] ermöglichen. Bis zur Durchführung dieses Projektes wird aber wohl noch mancher Sturm auf dem Atlantik toben.

Achtung! Leser des „New Leader"! Alle diejenigen, die im vorigen Jahre auf Grund eines Aufrufs der Vermittlerstelle sich zum Austausch „New-Leader" — „Vorwärts" bereit erklärt hatten, werden gebeten, ihre Erfahrungen, die sie dabei gemacht haben, dem Genossen Dr. Adolf Buch, Berlin NW. 21, Stromstraße 38, mitzuteilen, damit eventuell Verbesserungen im Austausch veranlaßt werden können.

Jugendtag 1924. Vom 1. bis 3. Juni [illegible] Hauptversammlung des [illegible] werden im Stadttheater [illegible] gezeigt werden.

## Deutschnationale Heerschau.

### Hergt mit dem Rüttlischwur.

Nachdem soeben die Deutsche Volkspartei mit Ach und Krach ihren Parteitag beendet hat, sind die Deutschnationalen unter Hergts und Helfferichs Führung zu ihrem Wahlparteitag in Hamburg zusammengetreten. Ganz wie ihre schwerindustriellen Konkurrenten hatten auch sie den Saal schwarzweißrot ausstapeziert und außerdem eine Büste Bismarcks aufgestellt, um sich daran zu ergötzen.

Die Hauptrede hielt der Parteivorsitzende Hergt, der seinen Freunden im Lande in blumenreicher Sprache versicherte, seitdem die Deutschnationalen im Herbst des vorigen Jahres sich vor einer bürgerlichen Koalition gedrückt hätten, sei die deutschnationale Welle zu einer unwiderstehlichen Sturmflut geworden. Nie sei die Erkenntnis größer gewesen, daß „nur die Abstoßung alles fremden und jüdischen Einflusses" uns vom Verderben retten könne. Die Wahlen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und Potsdam müßten wie ein „Menetekel auf das feindliche Ausland" wirken. Wenn bei diesen Wahlen auch noch „Teile des gewaltigen deutschvölkischen Stromes ziellos ein wildes Bett zu brechen versucht haben", so sei die Natur doch stärker, und wenn erst die Wasser gestaut seien, dann würden wieder einmal die Fluten gesammelt vorwärtsstürmen!

Der Mann, der einst der Welt mit ehrlichstem Gesicht verkündete, die Amerikaner könnten nicht fliegen und nicht schwimmen und sie würden deshalb nicht in den Weltkrieg eingreifen können, hat heute den Mut zu sagen, er lehne es ab, „Wahlpropaganda zur Irreführung des Volkes durch falsche Wechsel auf die Zukunft zu betreiben". Dafür behauptet er aber, das Volk sehe in keiner Partei so wie in seiner die Partei der Ideale! Zwar wolle er den anderen nicht ganz die nationale Gesinnung abstreiten, wohl aber den nationalen Willen. Seine Partei sei die Partei der Protestler und der Irredenta.

Dann aber steigt er zu den Niederungen der Wald- und Wiesenagitatoren herab, indem er behauptet, daß „sich die Regierungsparteien von links und aus der Mitte an der Futterkrippe des Staates gemästet haben". Dem Auch-Bismärcker und auch-schwarzweißroten Monarchisten Stresemann versichert Hergt:

> Das Volk zieht eben einfach Schlüsse aus der Vergangenheit, wo ihm stets eine Scheinfreiheit vorgegaukelt worden ist. Das gilt auch von der jüngsten Periode der Stresemannpolitik. Mehr als je ist den Regierungsmaßnahmen in dieser Periode das nationale Mäntelchen umgehängt worden, obwohl sie doch nur eine zweite Auflage der alten Erfüllungspolitik in vorsichtigeren Formen, Vorbereitungen für neue Ketten bedeuteten, die auf Generationen hinaus den wirklichen Wiederaufstieg Deutschlands unmöglich machen müssen.

Als nächstes Ziel der Reichstagswahlen betrachtet der große Hergt die Beseitigung der großen Koalition in Preußen. Daß die Deutschnationalen sich in Zukunft an die Futterkrippe der Reichsregierung setzen, hält er für selbstverständlich. Aber:

> „Wenn Sie mich fragen, wie weit die neue Rechtsregierung über unsere Reihen hinausgehen soll, so bestimmt sich dies einfach danach, wie weit die unbedingte Homogenität der Auffassungen vorwiegt, die zu einer erfolgreichen Regierungstätigkeit doch erforderlich ist. Wenn wir bei den letzten Koalitionsverhandlungen ein hochnotpeinliches Examen über uns ergehen lassen mußten, hoffen wir am 4. Mai so stark zu werden, daß diesmal wir selber über die entscheidenden Punkte einer Koalition zu bestimmen haben. Wir verlangen für uns die vollste Bewegungsfreiheit. Niemand wird uns zumuten dürfen, daß wir um irgendwelcher Koalition der Welt willen unseren deutschvölkischen Charakter verleugnen oder vergessen. Wir sind heute, wie wir mit Stolz bekennen, eine ausgesprochen deutschvölkische Partei. Fast ausnahmslos enthalten die Satzungen unserer Organisation den Paragraphen über die Nichtaufnahme jüdischer Parteimitglieder, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis zum nächsten Parteitag im Herbst, daß diese Entwicklung durch die entsprechende Aenderung der Satzung der Gesamtpartei auch von oben her ihre offizielle Bestätigung erhält."

Nach diesem Glaubensbekenntnis zur Rassentheorie von Theodor Fritsch, der über die Deutschnationalen allerdings anders denkt als sie über ihn, fügte Hergt noch, wie nicht anders zu erwarten, ein besonders warmes Bekenntnis zu den Forderungen der Landwirtschaft an und schloß dann theatralisch mit dem Rütlischwur, der stürmische Kundgebungen des Parteitages auslöste.

Nach Hergt's Rede konnte der Vorsitzende Mitteilung von dem Freispruch Ludendorffs machen, der, trotzdem Ludendorff selbst sich seiner schämt, die deutschnationalen Helden veranlaßte, sich spontan von den Plätzen zu erheben, um dem deutschvölkischen Spitzenkandidaten begeisterte Huldigungen darzubringen!

So schloß der erste Tag des Kongresses mit einer großen Geste. Die Deutschvölkischen verachten die Deutschnationalen, weil sie ihnen ihr Programm gestohlen haben, um sich beliebt zu machen. Die Halbvölkischen aber beschimpfen den Kandidaten ihrer ganz völkischen Konkurrenzpartei, weil sie hoffen, daß sich der Ludendorff mit ihnen noch einmal in dasselbe Bett legen werde!

---

## Abrechnung folgt!

### Deutschnationale Rassereinheit.

Unter dem Druck der deutschvölkischen Konkurrenz haben sich die Deutschnationalen kurz vor den Reichstagswahlen auf ihren Antisemitismus besonnen. Sie haben vom „Völkischen Reichsausschuß" ein Programm ausarbeiten lassen, das, was Radikalismus in der Rassen- und Judenfrage anlangt, auch anspruchsvolle Gemüter befriedigen kann.

Man sollte annehmen, daß die Deutschvölkischen diesen Gang nach Damaskus mit Genugtuung begrüßen. Weit gefehlt. Die feindlichen Brüder liegen sich wieder einmal in den Haaren und der Herausgeber des antisemitischen „Hammer", Th. Fritsch, hält im „Deutschen Tageblatt", dem offiziellen Blatt der Deutschvölkischen Freiheitspartei, blutige Abrechnung mit den Deutschnationalen. Er erinnert daran, daß Helfferich nach den Wahlen im Jahre 1920 zu einem jüdischen Bankier sagte: „Der Antisemitismus hat am 6. Juni abends 6 Uhr aufgehört." Er erinnert daran, daß Graefe, Wulle und Henning im Oktober 1922 aus der deutschnationalen Partei ausgeschlossen wurden, weil auf dem Görlitzer Parteitag ein Herr v. Michelmann erklärte, ein Bekenntnis zu den antisemitischen Forderungen des völkischen Programms sei unmöglich, weil dann die Partei von jüdischer Seite keine Gelder mehr erhalten werde. Er weist ferner darauf hin, daß in Oberschlesien ein jüdischer Brauereibesitzer Friedländer für die Deutschnationale Partei kandidierte, daß in Breslau der Druckereibesitzer Schottländer und der jüdische Sanitätsrat Alexander, in Berlin der Jude Bamberger hervorragende Mitglieder der Deutschnationalen sind.

Kann man sich wundern, wenn Th. Fritsch auf Grund dieser Tatsachen zu der Vermutung kommt, daß das deutschvölkische Programm der Deutschnationalen lediglich ein unehrlicher Stimmenfang für die Reichstagswahlen ist?

---

## Die Militärkontrolle.

### Deutsche Antwort auf die Ententenote.

Der deutsche Botschafter in Paris hat gestern, Dienstag, dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz, Poincaré, die Antwortnote auf die seinerzeit veröffentlichte Ententenote über die Militärkontrolle in Deutschland überreicht. Die deutsche Note bringt, nach einer Wiederholung des Inhalts der Ententenote, zum Ausdruck, daß die Reichsregierung den Willen zur Verständigung, der aus der Ententenote spreche, anerkenne und würdige, und daß sie den Gedanken einer gemeinsamen Anstrengung, um aus der Sackgasse herauszukommen, durchaus akzeptiere. Dann wird weiter u. a. ausgeführt:

> Die Botschafterkonferenz selbst geht in einem Schreiben vom 8. März 1921 an das Sekretariat des Völkerbundes davon aus, daß die Beendigung der Funktionen der Kontrollkommission die restlose Durchführung aller Einzelheiten der Deutschland im Teil V des Vertrages von Versailles auferlegten Maßnahmen gar nicht voraussetzt. Es dürfte sich durch diesen Gedankengang doch die Rechtsauffassung der deutschen Regierung bestätigen, daß nämlich, abgesehen von den fünf Punkten, welche die Botschafterkonferenz als noch offen betrachtet, die Funktionen der Kontrollkommission eigentlich längst dem Regime des Artikels 213 hätten weichen sollen. — Inwieweit innerhalb des Rahmens der fünf Punkte noch Kontrollhandlungen erforderlich sind, ist eine Frage, die nach Ansicht der deutschen Regierung der Verständigung von Fall zu Fall überlassen werden sollte. Gegenüber einer
>
> **Nation von Tradition und lebendigem Gefühl für nationale Würde**
>
> kann auf die Dauer unmöglich alles auf die Formel Befehl und Unterwerfung gestellt werden. Wollten die alliierten und assoziierten Regierungen es zulassen, daß eines ihrer Organe diese elementare Wahrheit mißachtet, so würden sie dadurch nur Strömungen nähren, die der endlichen Befriedung Europas weit abträglicher sind, als es irgendein Entgegenkommen in Fragen der deutschen Abrüstung sein kann.
>
> Die deutsche Regierung gestattet sich den Vorschlag, die Durchführung dieser beschränkten weiteren Aufgabe der Militärkontrolle von vornherein in die Hände eines Organs zu legen, das der Beschränkung seiner Aufgabe auch durch Beschränkung seines Personalbestandes Rechnung trägt und durch eine Zusammensetzung, die sich dem technischen Charakter der in den fünf Punkten formulierten Materien anpaßt, eine Gewähr dafür bietet, daß sich die Militärkontrolle in dieser ihrer letzten Phase in einer Atmosphäre ruhiger Verhandlungen abspielt. Dies neue Kontrollorgan wäre auch zeitlich ausdrücklich an die fünf Punkte zu binden, wenn man nicht vorzieht, seine Existenz terminmäßig zu befristen.
>
> Der Erklärung der Entente, eine derartige Beschränkung der Kontrolle erst dann zulassen zu können, wenn sie sich zuvor davon überzeugt hätte, daß Deutschland, abgesehen von den fünf Punkten, seinen Abrüstungsverpflichtungen im wesentlichen genügt habe, vermag die deutsche Regierung nicht zu folgen. Daß Deutschland, abgesehen von den fünf Punkten, im September 1922 auch nach Ansicht der Entente mit wesentlichen Teilen des Abrüstungsaktes nicht mehr im Rückstand war, ergibt bereits die Kollektivnote vom 29 September 1922. Tatsächlich hat ja auch beispielsweise
>
> **die englische Regierung wiederholt positiv anerkannt,**
>
> daß Deutschland, abgesehen von den fünf Punkten, seinen Abrüstungsverpflichtungen genügt, insbesondere seine Wehrmacht unter das zulässige Soll von 100 000 Mann reduziert und die Abgabe von Waffen und Munition in vollkommen zufriedenstellender Weise durchgeführt hat.
>
> Man würde in die Rechte des Völkerbundes eingreifen, wenn man eine Nachprüfung der deutschen Abrüstung der bestehenden Kontrollkommission übertragen würde, anstatt dem Völkerbund zu überlassen, erforderlich erscheinenden Falles eine Untersuchung gemäß Artikel 213 des Vertrages von Versailles in die Wege zu leiten. Das Verfahren aus Artikel 213 ist ja gerade für Fälle gedacht, in denen der Völkerbund den Eindruck gewinnt, daß sich im Stande der deutschen Rüstung Veränderungen vollzogen haben, die vom Standpunkt der gesamteuropäischen Interessen zu Bedenken Anlaß geben. Die deutsche Abrüstung soll nach der Einleitung zu Teil V des Vertrages von Versailles die Vorbedingung für eine allgemeine Abrüstung darstellen; die Frage der Aufrechterhaltung des durch die deutsche Abrüstung geschaffenen Zustandes gehört dagegen bereits in den Rahmen der allgemeinen Abrüstung hinein und kann daher nicht getrennt von ihr betrachtet werden. Deshalb kann diese Frage schlechterdings nur von derjenigen Institution überwacht und nötigenfalls geprüft werden, deren Obhut durch Vertrag und Völkerbundpakt die gemeinsamen Interessen aller Völker, insbesondere die Interessen Gesamteuropas, anvertraut sind.
>
> Die deutsche Regierung macht daher den
>
> **Gegenvorschlag,**
>
> daß sie sich zwecks Herbeiführung derjenigen Untersuchungshandlungen, die sie für nötig hält, an den Rat des Völkerbundes wenden, wobei sie zur Erwägung stellt, ob es sich nicht zur Vermeidung des etwaigen gleichzeitigen Funktionierens zweier verschieden ressortierender Kontrollorgane empfehlen möchte, auch das oben erörterte reduzierte Organ zur Vereinigung der fünf Punkte dem Rate des Völkerbundes zu unterstellen.
>
> Die Note spricht dann das Vertrauen zum Völkerbund aus, daß er in der Lage sein werde, sich etwa hieraus ergebende Schwierigkeiten zu überwinden, und zwar so:
>
> Der Völkerbund wird die etwa nach Deutschland zu entsendende Untersuchungskommission so zusammensetzen können, daß sie nach Bedeutung und geistiger Einstellung ihrer Mitglieder nicht als im Interesse einzelner Mächte, sondern nur als im gesamteuropäischen Interesse handelnd erscheinen kann. Er wird auch in der Lage sein, durch gleichzeitige
>
> **Einleitung einer tatsächlichen und allgemeinen Abrüstungsaktion**
>
> die breite Oeffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die etwa für notwendig gehaltenen Untersuchungsverhandlungen nicht der dauernden Aufrechterhaltung des jetzigen Mißverhältnisses zwischen dem deutschen Rüstungsstande und demjenigen seiner Nachbarn, sondern der ehrlichen und endgültigen Befriedung Europas dienen.

Die Note ist vom Botschafter v. Hoesch gezeichnet; sie wurde gestern, Freitag 5 Uhr nachmittags, am Quai d'Orsay überreicht.

---

# Interpellationen gegen Poincaré.

## Sturmszenen. — Die Sitzung unterbrochen.

**Paris, 1. April. (WTB.)** Kammer. Selten waren die Tribünen der Kammer so stark besetzt wie heute. Kurz nach 4 Uhr eröffnete Vizepräsident Landry die Sitzung und gibt bekannt, daß ihm drei neue Interpellationen zugestellt worden seien.

Hierauf begründet Abg. Gaborit von der Arago-Gruppe seine (von der Regierung bestellte. Red. d. „V.") Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung. Als er u. a. erklärt, Poincaré überrage durch seine ganze Persönlichkeit das jetzige Kabinett wie das vorangegangene, fordert Poincaré den bekanntlich über zwei Meter großen Kriegsminister Maginot auf, den Redner zu widerlegen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Redner fährt fort, daß Männer in die Regierung eingetreten seien, die Poincaré bekämpft hätten, habe ihm eine große Freude bereitet, da der Regierung durch sie eine große Verstärkung zugeführt worden sei. Die neuen Männer hätten sich der Politik Poincarés offenkundig angeschlossen (!), die auch immer die Politik seiner Partei gewesen sei. Sie seien willkommen in jener Mehrheit, die sie nicht immer verstanden hätten. Die Abgeordneten müßten jetzt beweisen, daß sie die Politik Poincarés unterstützten, die den Wünschen des Landes entspräche, weil er der erste und der einzige gewesen sei, der sich gegen Deutschland, das nicht bezahlt habe, gewendet habe.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kritisiert der Redner auf das schärfste die letzten politischen Aeußerungen Briands in dessen Rede in Carcassonne. Als ein anderer Abgeordneter dazwischenruft: „Haben Sie niemals Herrn Briand darum gebeten, Mitglied seines Ministeriums zu werden?", kommt es zu einem

**scharfen Wortwechsel**

zwischen dem Redner und Briand. Der Redner wirft Briand schließlich vor, er und seine Freunde hätten die Behauptung aufgestellt, Poincaré habe den Krieg gewollt. Was uns von Ihnen unterscheidet, das ist, daß wir sagen, wir würden alle aufstehen, um Frankreich zu verteidigen, wenn es angegriffen wird. (Beifall im Zentrum.)

Briand erwidert, er habe in Carcassonne gesagt, wenn Frankreich angegriffen würde, so würde alle Welt sich erheben, um es zu verteidigen, und es gäbe keinen Franzosen, der nicht wisse, daß Frankreich das Land des Rechtes und der Freiheit ist. Aus einem derartigen Satz solche Legende zu machen, das verstehe er nicht. (Beifall links.)

Im weiteren Verlaufe der Zwiesprache mit Briand, bei der der Abg. Dumesnil dem Interpellationsredner seinen antimilitaristischen Artikel von vor 15 Jahren vorwirft und dadurch anhaltende Lärmszenen verursacht, wiederholt der Redner, dank Poincaré, dank seiner Fähigkeiten, dank seiner Festigkeit ist die Frankoffensive abgewendet worden. Als er sagt, die Opposition freue sich über das Unglück des Landes, entfesselte er einen

**derartigen Sturm**

im Hause, daß der Präsident seinen Hut aufsetzt und den Saal verläßt. Damit ist die Sitzung unterbrochen.

Um 6 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Gaborit nimmt seine Rede wieder auf, wird aber von dem soz. Abgeordneten Masson unterbrochen, der einen Artikel des Redners aus der Zeit, da dieser noch Anarchist war, vorlesen will. Masson wird zur Ordnung gerufen. Gaborit schließt seine Erklärung über die Politik Poincarés mit den Worten: Dieser große Lothringer, den die Deutschen hassen und um den sie uns beneiden. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Der kommunistische Redner Blanc begründet darauf seine Interpellation.

**Abg. Forgeot**

erklärt, wir müssen annehmen, daß ein Unterschied besteht, zwischen dem Programm des ehemaligen Kabinetts Poincaré und seinem neuen Ministerium, denn wir können doch nicht glauben, daß Loucheur, Marsal, de Jouvenel, Daniel Vincent nur aus persönlichen Gründen in die Regierung eingetreten sind. Es kann sich doch nur um politische Motive handeln, die wir kennen lernen wollen. Man kann nicht behaupten, daß die ministerielle Umgestaltung durch eine Zufallsabstimmung verursacht worden ist. Die

**gesamte allgemeine Politik der Regierung**

habe aus Anlaß der Beratung der Pensionsgesetze in Frage gestanden. Infolge der Entwertung des Franken hätten die Pensionsberechtigten, die 1000 Frank erhalten sollten, zu Beginn des Ministeriums Poincaré nur 600 Frank, und zwei Jahre später nur noch 200 Frank erhalten. Das beweise, daß die allgemeine Politik der Regierung mit zur Debatte gestanden habe. Forgeot wirft Poincaré vor, die Finanzierung seiner Ruhrpolitik nicht organisiert zu haben. Nehmen wir uns in Acht, so erklärt er, daß die Aktion zur Stützung des Franken nicht einen gefährlichen Präzedenzfall schafft. Durch welche Mittel will die neue Regierung den Sturz des Franken aufhalten können? Will die neue Regierung die Bilanz der alten Regierung auf ihr Konto übernehmen, nämlich das Steigen des englischen Pfundes von 50 auf 80 Frank, 10 Milliarden neue Steuern und die Lebensmittelteuerung? Der Abg. Forgeot spricht alsdann von dem Ermächtigungsgesetz und wirft die Frage auf, wie die neuen Männer der Regierung, die dagegen gestimmt haben, sich hierzu stellen. Aufklärung sei nötig, und wenn ein Kompromiß geschaffen werden sei, so dürfe man fragen: welches Kompromiß. Es sei notwendig, daß über diese Frage vor den Neuwahlen eine Klärung herbeigeführt werde. Forgeot erklärte weiter, die Regierung werde sich

**zwischen dem Linksblock und dem nationalen Block entscheiden**

müssen. Forgeot geht sodann zur Ruhrfrage über. Er stellt mehrere Fragen über die Besetzungsverhältnisse und die Bedingungen der Räumung sowie über die Sicherheit Frankreichs. Er gibt einen Ueberblick über die Stellung der übrigen Völker zu Frankreich und erklärt, daß sich in dieser Beziehung

**kein sehr befriedigendes Bild ergebe, und daß die größten Optimisten, namentlich angesichts der Vorgänge in Deutschland, nachdenklich werden müßten.**

Er bespricht dann die internationale Lage und betont, sie sei keineswegs befriedigend. Wir haben, so fährt er fort, den

**demokratischen Geist in Deutschland nicht genügend ermutigt.**

(Herriot ruft dazwischen: Sehr richtig!) deshalb müssen wir befürchten, daß die Sicherheit Frankreichs gegen einen deutschen Revanchevversuch nicht genügend gewährleistet ist. Obwohl de Jouvenel dem Kabinett angehöre und Mitarbeiter am Völkerbund sei, sei Mißtrauen am Platze. Er befürchte eine finanzielle moralische und militärische Isolierung Frankreichs. Der Redner beendet seine Rede mit der Erklärung, daß er dem neuen Kabinett, welche Entwicklung es auch nehmen möge, sein Vertrauen versage. Die Debatte wird sodann auf morgen nachmittag vertagt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Gefahr im Verzug!

### Das Reichsverkehrsministerium treibt zu Konflikten.

Während im Reichsverkehrsministerium sich die Verhandlungen über Arbeitszeit und Löhne der Eisenbahner ungebührlich hinschleppen, und zwar infolge des Widerstandes des Reichsverkehrsministeriums gegen eine Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten und gegen die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, wird die Situation im Reiche immer bedrohlicher. Die zunächst ganz spontan ausgebrochenen Streiks in Württemberg haben sich weiter ausgedehnt. Wenn man die Löhne der Eisenbahner, besonders der unteren Gruppen, kennt, die vielfach Stundenlöhne von 30 Pf. und darunter haben, wird man begreifen, daß den sonst so ruhigen und pflichteifrigen Eisenbahnern der Geduldfaden zu reißen beginnt.

Nachdem die Streikbewegung von Württemberg auf Mannheim übergegriffen hat, sind jetzt auch Arbeitsniederlegungen in Nürnberg, Magdeburg und Magdeburg-Buckau erfolgt. Wie uns aus Hamburg gedrahtet wird, haben die dortigen Güterboden-, Stations- und Oberbauarbeiter gestern beschlossen, nur noch acht Stunden täglich zu arbeiten und dann ihre Arbeitsstätte zu verlassen. Sonderbarerweise sieht das Reichsverkehrsministerium in dem Verlangen der Eisenbahnarbeiter nach Wiederherstellung des Achtstundentages eine politische Forderung.

Die Verhandlungen im Reichsministerium, die zunächst ungebührlich verschleppt worden sind, was zu den Arbeitsniederlegungen geführt hat, sind auch gestern noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Gegensätze schienen besonders unüberbrückbar in der Lohnfrage. Das Reichsverkehrsministerium führt die bekannten fadenscheinigen Gründe der „Wirtschaftlichkeit" und der „finanziellen Nöte" an, denkt aber keineswegs an eine Nachprüfung der verteuerten Materialpreise, die heute die Reichsbahn ungleich schwerer belasten als vor dem Kriege.

Wenn das Reichsverkehrsministerium mit seiner seit dem vorigen Jahre betriebenen Lohnpolitik nicht radikal Schluß macht, dann ist zu fürchten, daß die jetzt noch vereinzelt auftretenden Arbeitsniederlegungen sich bald verallgemeinern. Wir warnen den Reichsverkehrsminister, den Bogen nicht zu überspannen und verlangen, daß den durchaus bescheidenen und berechtigten Forderungen der Eisenbahner Rechnung getragen wird.

### Reichshungerlöhne.

Ab 25. November 1923 betrugen die Löhne der Reichsverwaltungs- und Betriebsarbeiter: Handwerker pro Woche 19,68 M., pro Stunde 41 Pf., Angelernte 15,84 M. bzw. 33 Pf., Ungelernte 14,40 Mark bzw. 30 Pf., Ortslohnzulage 8 Proz.; Reinemachefrauen 10,08 M. bzw. 21 Pf., Ortslohnzulage 4 Proz.; Frauen- und Kinderzuschlag 3 Pf. pro Stunde. Mit diesen nach Auffassung der Reichsregierung „auskömmlichen Löhnen" mußten die Reichs- und Staatsarbeiter die ganze Uebergangszeit von den Papier- zu den sogenannten Goldmarkpreisen „durchhalten", und außerdem noch den Abbau über sich ergehen lassen.

Dann wurden auf Grund des Arbeitszeitgesetzes im Januar d. J. die Paragraphen des Reichsverwaltungs- und Betriebsarbeitertarifes, soweit diese die Arbeitszeit betrafen, vom Reichsfinanzministerium gekündigt. Die sogenannten Verhandlungen scheiterten an dem ganz unverständlichen Widerstand der Reichsregierung. Unter dem 9. Februar wurden den Arbeitern die im Reichsbesoldungsblatt Nr. 6 Nr. 791 veröffentlichte Arbeitszeit und Lohnberechnungen für Reichsarbeiter diktiert. Dieses Diktat, das bis zum heutigen Tage noch besteht, sieht eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden ausschließlich der Pausen vor. Ueberstunden werden von der 61. Stunde ab bezahlt! Beim Vorliegen einer Dienstbereitschaft in größerem Umfange erfolgt keine Abgeltung der 55. bis 60. Wochenstunde.

Dieses Arbeitszeitdiktat ist das schlimmste, was sich bisher ein Arbeitgeber leisten konnte. Was alles von den Geheimräten als „Dienstbereitschaft" angesehen werden kann, wird nur der beurteilen können, der die Arbeitsverhältnisse der Reichs- und Staatsarbeiter aus eigener Erfahrung kennt. Bei der 54stündigen Arbeitswoche liegen die Dinge genau so. Die Beamten, die durch eine besondere Verfügung des Reichsfinanzministeriums 51 Stunden pro Woche arbeiten, erfüllen nicht die 54stündige Arbeitswoche. Es wird nicht daran gedacht, hier die Gruppe der Beamten gegen die der Arbeiter auszuspielen, aber hieraus soll erkannt werden, welche Unzuträglichkeiten sich bei einer schematischen Behandlung des Arbeitszeitdiktates durch das Reichsfinanzministerium ergeben. Die Arbeitszeit der Beamten müßte doch zur Feststellung der der Arbeiter maßgebend sein. Den Vogel schoß aber das Reichsfinanzministerium bei der Veröffentlichung der für obige Arbeitszeit geltenden Lohnsätze ab, die hier folgen:

Handwerker pro Woche 21,06 M., pro Stunde 39 Pf., Angelernte 16,74 M. bzw. 31 Pf., Ungelernte 15,12 M. bzw. 28 Pf., Reinemachefrauen 10,80 M. bzw. 20 Pf. Orts-, Frauen- und Kinderzulagen wie in der Novembertabelle

Diese Zahlen, den Sätzen der Novemberlöhne gegenübergestellt, ergeben die unerhörte Tatsache, daß neben der verlängerten Arbeitszeit der Lohn um 2 Pf. pro Stunde herabgesetzt worden ist, mit Ausnahme der der Reinemachefrauen, deren karger Lohn auch noch um 1 Pf. verkürzt wurde. Was sich die Regierung aber bei den Verhandlungen in der Frage der Erhöhung der Löhne in der vorigen Woche geleistet hat, übersteigt alles bisher auf diesem Gebiete Dargebotene.

Die Reichsregierung war „wohlwollend" bereit, die gekürzten Novemberlöhne wieder herzustellen, so daß unter Berücksichtigung der 54stündigen Arbeitswoche erhalten würden: Handwerker pro Woche 22,14 M., pro Stunde 41 Pf., Angelernte 17,82 M. bzw. 33 Pf., Ungelernte 16,20 M. bzw. 30 Pf., Ortslohnzulage 18 Proz.; Reinemachefrauen 11,34 M. bzw. 21 Pf., Ortslohnzulage 9 Proz. Frauen- und Kinderzuschlag pro Stunde 3 Pf.

Diese Zahlen sprechen Bände. Man muß nur erstaunt sein, daß die Regierung überhaupt ein derartiges Angebot den Gewerkschaften zu unterbreiten wagte. Die Empörung der gesamten Reichs- und Staatsarbeiter über die Verkennung ihrer außerordentlichen trostlosen Wirtschaftslage wird für sie hoffentlich Grund genug sein, nicht bürgerlich, sondern nur noch sozialistisch zu wählen.

Kein Wunder, wenn z. B. die bei Behörden tätigen Reinemachefrauen ihre Arbeitsplätze verlassen, weil sie bei dieser Bezahlung einfach nicht mehr die Kraft aufbringen, zur Arbeitsstelle zu gelangen. Arbeitslose Frauen verschwinden unter lautem Fluchen, wenn sie diese Sätze erfahren, für die sie ihre Arbeitskraft verkaufen sollen. Daß diese Mißstände unhaltbar sind, liegt auf der Hand. Die Gewerkschaften haben ein derartiges Angebot glatt abgelehnt. Die Lohnfrage wird jetzt dem Schlichtungsausschuß unterbreitet werden. Hoffentlich bringt diese Instanz mehr Verständnis für eine wirkliche Lohnerhöhung auf, dann wird auch die ewige Rederei über „kein Geld" und „wir müssen sparen" verstummen müssen, denn dann wird man wohl endlich herangehen müssen, die Steuern für die Bezahlung dieser erhöhten Löhne von denen zu holen, die diese tragen können. Hierbei soll nicht unerwähnt bleiben, daß das preußische Finanzministerium bereit ist, seinen Reinemachefrauen 90 Proz. des Lohnes eines ungelernten Arbeiters zu gewähren. Selbst ein derartiges Angebot ist noch sehr gering, zeigt aber, daß die Landesregierungen mehr Verständnis für die Not ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen aufbringen als die Reichsregierung.

In höchster Erregung stehen die Reichsarbeiter geschlossen in ihren Verbänden. Sie werden zu dem Ergebnis der Tagung des Schlichtungsausschusses Stellung nehmen. Eines ist sicher: Bricht der Schlichtungsausschuß nicht mit der Verelendungstheorie der Reichsregierung, dann wird es mit der erstaunlichen Ruhe der Reichsarbeiter vorbei sein. Sie werden zu anderen Mitteln greifen, um sich menschenwürdige Löhne zu sichern.

### Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hatte die Parteien zum letzten Montag geladen. Die Verhandlungen haben den Arbeitgebern, welche auf eine Entscheidung insbesondere der Arbeitszeitfrage drängten, kein Ergebnis gebracht, da von Arbeitnehmerseite die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses in der Arbeitszeitfrage angezweifelt wurde. Als Begründung zu diesem Antrag ist zu erwähnen, daß auf zentraler Grundlage zurzeit über einen Reichsmantelvertrag verhandelt wird, der auch die Arbeitszeitbestimmungen in sich schließt. Da von beiden örtlichen Arbeitgeberparteien die Freie Vereinigung an den zentralen Verhandlungen beteiligt ist, hat der Schlichtungsausschuß beschlossen, die Angelegenheit bis zum 7. April zu vertagen. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt eine Verständigung örtlich oder zentral nicht herbeigeführt sein, so können die am Streitfall Beteiligten nach dem 7. April erneut ihre Anträge an den Schlichtungsausschuß stellen.

So unangenehm, wie Herrn Paeth auch dieser Beschluß berühren mag, wird er sich wohl oder übel, in das Unvermeidliche fügen und seine Aussperrung vertagen müssen. Da auch in der Lohnfrage sich keine Möglichkeit einer Verständigung bot, haben sich die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes an die Richtlinien der Funktionärversammlung zu halten. Alle Differenzen, die aus diesem Anlaß sich ergeben, sind unbedingt dem Bureau zur Kenntnis zu bringen, um durch das Eingreifen der Verwaltung Arbeitseinstellungen zu vermeiden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Die Ortsverwaltung.

### Angestelltentarif in der Berliner Metallindustrie.

Die von uns beantragte Verbindlichkeitserklärung des am 3. März 1924 gefällten Schiedsspruches ist am 31. März vom Reichsarbeitsministerium ausgesprochen worden. Damit ist der Streit zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller einerseits und den Afa-Verbänden und dem GdA andererseits über die Arbeitszeit zu unseren Gunsten entschieden. Der Anspruch auf die Märzgehälter laut Schiedsspruch vom 3. März ist dadurch gleichfalls für die gesamten Vertragsparteien rechtsverbindlich.

Für den Fall, daß wider Erwarten trotz der völlig klaren Rechtslage seitens des Verbandes der Berliner Metallindustriellen neue Schwierigkeiten gemacht werden, haben wir für Montag nachmittag eine Besprechung des Afa-Metallkartells vorgesehen, der am Abend des gleichen Tages eine Afa-Funktionärversammlung folgen soll. Zu diesen Veranstaltungen wird durch Pressenotiz noch besonders eingeladen.

Afa-Metallkartell.

### Generalversammlung des Verkehrsbundes.

In der am Montag fortgesetzten Generalversammlung machte Ortmann Mitteilung über Differenzen im Telegraphen- und Postwesen, die dadurch entstanden sind, daß der Tarifvertrag für diese Gruppen vom Finanzminister nicht genehmigt wurde. Die Organisation betrachtet dies als einen Verstoß gegen Treu und Glauben. In der Angelegenheit finden noch Verhandlungen statt. Der Redner warnte davor, in einzelnen Betrieben ohne Mitwirkung der Organisation besondere Abmachungen zu treffen. Auch soll bei jeder Arbeitsniederlegung sofort die Ortsverwaltung benachrichtigt werden. Mit besonderem Nachdruck wies Ortmann auf die Werbewoche hin, die der Verkehrsbund vom 7. bis 12. April veranstaltet. Jeder Kollege soll an seinem Teile daran mitwirken, daß diese Werbewoche zu einem Erfolg für die Organisation wird. Sodann trat die Versammlung in die Beratung der vorliegenden Anträge ein. Ein Antrag, wonach Arbeitslose, deren wegen Verweigerung von Zwangsarbeit die Unterstützung entzogen worden ist, durch den Verband unterstützt werden sollen, wurde mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Organisation abgelehnt. Beschlossen wurde, den 1. Mai einheitlich mit den anderen freien Gewerkschaften durch Arbeitsruhe zu feiern. Dafür zu agitieren, sei für jedes Mitglied eine Ehrenpflicht. In einem weiteren Antrage wird die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages durch Herbeiführung eines Volksentscheides gefordert. Mit überwältigender Mehrheit wurden zwei kommunistische Anträge abgelehnt, die von den Antragstellern mit äußerst üblen Reden begründet wurden. In dem einen Antrag wurde die Einberufung einer Funktionärversammlung mit einem Referat über die „Weimarer Konferenz", und in dem anderen der Ausschluß der Verbandsvorsitzenden Schumann und Bender aus dem Verkehrsbund gefordert. Mit einem Appell zur Arbeit für die Organisation schloß Ortmann die Versammlung.

### Neue Löhne der Bau- und Geldschrankschlosser.

Der Branchenkommission der Bau-, Geldschrank- und Möbelschlosser gelang es nicht, in direkten Verhandlungen mit der Arbeitgebervereinigung zu einer Neuregelung der Löhne zu kommen. Auch vor dem angerufenen Schlichtungsausschuß lehnten die Unternehmer die geforderte Lohnerhöhung von 10 Pfennig pro Stunde ab. Der gefällte Spruch brachte für die Zeit vom 24. März bis zum 20. April eine Aufbesserung aller Gruppenlöhne um 8 Proz., der Lohn der Gruppe 1 erhöht sich dadurch auf 68 Pfennig. Bemerkenswert ist, daß sich auch der Schlichtungsausschuß auf den Standpunkt der Verhandlungskommission der Arbeitnehmer stellte, daß die tariflich festgelegten Löhne Mindestlöhne sind

Eine Branchenversammlung der im Metallarbeiterverband organisierten Berufsangehörigen nahm das Ergebnis an. Bezüglich des Manteltarifs beschloß die Versammlung, auf jeden Fall an der achtstündigen täglichen Arbeitszeit festzuhalten. Branchenleiter Krüger gab bekannt, daß die Kostgeldsätze für die Lehrlinge sich von 1,75 M. bis 4,50 M. staffeln.

### Schafe im Wolfspelz.

Genosse Wellsow der von den Kommunisten gemaßregelte langjährige Kassierer der Berliner Zimmerer schreibt uns:

Wenn Repschläger von Verleumdungen des „Vorwärts" spricht und den Artikel des „Vorwärts" vom 18. August 1923 für faustdicke Lügen erklärt, so ist, wenn R. was sagt oder schreiben läßt, immer das Gegenteil richtiger. Also die Kommunisten haben dem „alten Bonzen Wellsow" gegenüber in den letzten Jahren noch „Gnade vor Recht" ergehen lassen. Wer lacht da? Nein, lügnerische Verleumdungen haben es solange nur noch nicht geschafft, den Beobachter und Kerl vom Geldschrank zu beseitigen. Aber „das Maß war voll", als er seit Monaten in der Arbeitsnachweisfrage „schädigend" wirkte, trotz Gewerkschaftsbeschlüssen usw. Diese Gewerkschaftsbeschlüsse, welche R. sonst stets bekämpft und empfiehlt, sie nicht zu befolgen, hat W. mehr vertreten als R. Ich bin ja über diese Allmacht, welche ich mit einemmal bekommen haben soll, hoch erfreut. In Wirklichkeit braucht R. wieder einen Prügelknaben, um den Mitgliedern gegenüber sein nach jeder Sitzung in der Arbeitsnachweisfrage vorgetragenes Märchen zu decken, „in der nächsten Sitzung sei alles perfekt". Ich befinde mich mit meiner Kritik in Einmütigkeit mit befreundeten Kommunisten, Vorstands- und anderer kommunistischer Mitglieder. Auch R. war von der Jämmerlichkeit des Arbeitsnachweises überzeugt aber sein Adjutant Schiff mußte unter allen Umständen dort als Angestellter gehalten werden; denn er leistete in bezug auf Moskau wertvolle Dienste.

Das Gnade vor Recht ergehen lassen bestand in den ganzen Jahren darin, daß R. laufend lügnerische Verleumdungen gegen mich ausstreute. Bezeichnend ist weiter, schreibt R., daß der gute Sozi nach 23jähriger Tätigkeit noch nicht begriffen hat, daß zur Uebergabe der Kassengeschäfte auch sofort die Uebergabe der Schlüssel und alles Geldes gehört. Hie erklimmt R. den Gipfel der Gemeinheit. Den Schlüssel unten von der Eingangstür hat er nicht abgegeben, nicht etwa die Bureau- oder Geldschrankschlüssel. W. hat mehr Geld abgegeben, als er abzugeben hatte, denn W. bekommt noch heute Postschreckgebühren, da die Aufrechnung vom Postscheckamt noch fehlte. Er bekommt auch noch Mankogeld für die elf Wochen des ersten Quartals, als er noch Kassierer war. Aber nun hört, was W. noch nicht abgegeben hat. Bei der Uebergabe waren noch auf Postscheckkonto 94,96 M. vorhanden. Infolge des so schnellen Herauswurfes hat W. dieses Geld erst am 23. März 1924 bekommen, und da die Gebührenrechnung ausstand, am 24. März 1924 an den neuen Kassierer ausgehändigt. Also Gelder hat W. nicht in Händen behalten, sondern mehr gezahlt, als er zu zahlen hatte.

Bezeichnend ist nun allerdings hierbei, daß es gerade wieder R. wagt, so etwas in die Welt zu setzen, der es doch sehr gut verstanden hat, unrechtmäßig Gelder aus der Kasse (doppeltes Fahrgeld) sich geben zu lassen, Monatskarte auf der Straßenbahn und dann noch von jeder Sitzung usw. Fahrgeld extra nach Hause, trotz der Monatskarte.

R. sollte sich hüten, von Spaltungsversammlung zu reden, da er jahrelang unter dem Deckmantel der „Einheitsfront" die Spaltung betreibt. (Uebrigens waren nicht 60, sondern 200 Kameraden in der Versammlung, in der selbstverständlich kein Wort von einer Spaltung gesprochen wurde.) Jeder Andersdenkende wurde als Halunke und Spitzbube von ihm beschimpft und der größte Teil der Mitglieder dahin gebracht, sich beiseite zu stellen. Erst wenn die Organisation der Zimmerer von dem schädigenden Einfluß ihres kommunistischen Vorsitzenden befreit ist, kann wieder Kameradschaftlichkeit einkehren und in gewerkschaftlichem Sinne gearbeitet werden.

### „Deutschnationale Klassenkämpfer".

Mit dieser Ueberschrift versehen gaben wir in Nr. 101 des „Vorwärts" eine Zuschrift aus München wieder. Daraufhin erhielten wir jetzt folgende vom 24. März datierte Berichtigung auf Grund § 11 des Preßgesetzes:

Die in der Nummer des „Vorwärts" vom 29. Februar 1924 über den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband enthaltenen Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen.

Es ist unwahr, daß der DHV. noch vor sechs Jahren über die Gewerkschaften genau so wegwerfend geurteilt habe wie heute die Herren Röder, Maurenbrecher u. Ko. Wahr ist im Gegenteil, daß der DHV von jeher für den gewerkschaftlichen Gedanken eingetreten ist. Nur die Verbindung mit dem Marxismus hat er bekämpft.

Unwahr ist, daß der DHV. sich nach Kriegsende lediglich aus Wettbewerbsgründen als Gewerkschaft „etabliert" habe. Wahr ist, daß diese Etablierung schon am Tage der Gründung des DHV. im Jahre 1893 erfolgt und daß bei Kriegsende keine Aenderung in den Bestrebungen des Verbandes eingetreten ist.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband.
Die Verwaltung: A. Zimmermann.

### Der Stand des Böttcherstreiks.

Im Böttcherstreik ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Dort, wo mindestens 70 Pfennig Stundenlohn gezahlt werden, ist die Arbeit aufgenommen. Die übrigen Betriebe stehen weiter im Kampf, bleiben ausgesperrt. Zu letzteren gehören u. a. die Firma Strutthoff, i. Fa. Gebrüder Heyl, Charlottenburg, Salzufer 8, ferner die Essigfabriken Karl Kühne, Brunnenstraße und Franz Hein, Grenadierstraße. Auch hier drängt die Arbeit, denn Kühne versucht täglich seine Fassage in anderen Betrieben instandsetzen zu lassen. Mit der Berliner Böttcherinnung findet in den nächsten Tagen eine Verhandlung über neue Löhne statt.

### Oskar Mahle.

Am 30. März verstarb plötzlich am Herzschlag Genosse Oskar Mahle, im Alter von 62 Jahren. Seit seiner frühesten Jugend stand er im proletarischen Kampf. Die Gewerkschaftsbewegung hat er seine beste Kraft gewidmet; sie wurde Inhalt und Ziel seines Strebens. Lange Jahre war er als ehrenamtlicher Funktionär Mitglied der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, bis er durch das Vertrauen, das er sich durch diese Tätigkeit erworben hatte, am 1. März 1907 zum Angestellten gewählt wurde. So wie es seine Art war, nur der Arbeit für seine Klassengenossen zu leben, so riß ihn der Tod aus höchster Arbeitsfülle, für die organisierte Arbeiterschaft eine fühlbare Lücke hinterlassend. Die organisierte Metallarbeiterschaft hat mit Oskar Mahle einen ihrer Besten verloren.

Mahle war auch in der Parteiorganisation stets eifrig tätig, und zwar insbesondere in dem früheren 3. Wahlkreis jahrelang als Funktionär. In Eichwalde hatte er die Ausgabestelle des „Vorwärts" übernommen, die er in seiner kargen Freizeit ehrenamtlich verwaltete. Stets wirkte er nach besten Kräften für seine Partei und hielt ihr die Treue bis zum Tode.

**Achtung, Zimmerer!** Die Firma Tuchscherer in Stettin sucht Zimmerer. Da zwischen der dortigen Zahlstelle des Zimmererverbandes und dieser Firma gegenwärtig Differenzen bestehen, wird vor Arbeitsannahme gewarnt. Auch auf dem Eisenwerk Kraft in Stettin besteht ein Arbeitskonflikt. 20 Zimmerer befinden sich dort im Ausstand. Zuzug nach Stettin ist fernzuhalten.

**SSPD.-Holzarbeiter. Bezirk Zentrum.** Wichtige Zusammenkunft Donnerstag nachmittag 5 Uhr im Lokal Schilling, Oranienstr. 30.
Der Ortsausschuß.

**Achtung, Bergmann, Rosenthal!** Freitag nachmittag 5 Uhr in Schneiders Festsälen Versammlung aller SSPD.-Arbeiter und -Angestellten. Tagesordnung: „Die Arbeiterschaft und die Reichstagswahlen". Referent Genosse Franz Künstler. Sympathisierende können eingeführt werden. Parteiausweis legitimiert.
Der Fraktionsvorstand.

**Buchdrucker.** Mittwoch, 2. April, nachmittags 5 Uhr: Fraktionssitzung bei Henning, Alexandrinenstr. 44. Erscheinen unbedingt nötig. Die Vorsitzenden der graphischen Fraktionen werden gebeten, zu erscheinen
Der Fraktionsvorstand. I. A.: Otto Fiedler.

**Zentralverband der Angestellten.** Textilgroßhandel: Donnerstag nachmittag 3½ Uhr Mitgliederversammlung in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, Eingang Rochstraße.

**Bund, Bezirk 14 (Neukölln-Süd).** Versammlung am Freitag abend 8 Uhr in den Bürgersälen, Neukölln, Bergstr. 147. Gelegenheit zur Beitragszahlung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: F. Ezkorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu zwei Beilagen und „Die Wählerin".

Togal
hervorragend bewährt bei:
Gicht, Rheuma, Ischias,
Grippe, Hexenschuß, Nervenschmerzen.
Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Ausgezeichnet bei Schlaflosigkeit — In allen Apotheken erhältlich
Best. 64,1% Acid acet salic., 0,06% Chinin, 12,0% Lithium ad 100 Amylum

Sophien-Säle Sophienstraße 18
Säle frei • Nrd. 9296

# Das Fernsprechamt der Zukunft.

Mehr als 40 Jahre sind seit dem ersten Versuch, in Berlin den Fernsprecher einzuführen, vergangen. Damals fand ein Aufruf Emil Rathenaus, dem Vater des ermordeten Ministers, der um Teilnahme an dem neu in Berlin zu errichtenden Fernsprechnetz warb, so gut wie keinen Erfolg: Zehn ganze Teilnehmer hatten sich gemeldet. Die Zeit war noch nicht reif für den Siegeszug der Elektrotechnik. Heute dagegen im Zeitalter der Millionenstädte gibt es genug Menschen, die ein Dasein ohne Telephon für unmöglich halten. Der Fernsprechbetrieb ist im Laufe der Jahre zu einer recht komplizierten Angelegenheit geworden. In den großen Städten mußte zur Erfüllung der immer größeren Anforderungen ein Fernsprechamt nach dem anderen errichtet werden. Die technische Leistungsfähigkeit eines Amtes aber, in dem jede Verbindung von Hand hergestellt werden muß, ist begrenzt! An die Telephonistinnen werden gerade in der Großstadt zu bestimmten Zeiten außerordentliche Anforderungen gestellt, die nur auf Kosten der Nervenkraft erfüllt werden können. Daraus haben sich zahlreiche Unzuträglichkeiten ergeben, die sich bei weiterer Vergrößerung des Fernsprechbetriebes noch erheblich steigern müßten, wenn diesen Anforderungen mit den bisherigen technischen Hilfsmitteln nachgekommen werden sollte. Die Teilnehmer würden alsdann mehr noch als bisher das ganze Telephon zum Teufel wünschen.

## Das Fernsprechparadies.

In dieser Not erscheint die Technik wieder einmal als Helferin. Sie ist bereit, das Unheil, das sie durch die Schaffung des Fernsprechers angerichtet hat, wieder gutzumachen. Sie beschert der geplagten Menschheit den **automatischen Fernsprechbetrieb**, setzt gleichsam Telephonistinnen aus Metall in die Fernsprechämter und überläßt es jedem Teilnehmer, sich selbst jeden beliebigen Anschluß herzustellen. Der Automat ist nicht nervös, er kann von erregten Teilnehmern nicht beleidigt werden. Er tut mit unerhörter Genauigkeit seine Pflicht. Er stellt die Verbindung im Augenblick her, er trennt, sobald der Hörer die Gabel belastet und ist im nächsten Augenblick bereit, wieder einen neuen Anschluß herzustellen. Er arbeitet ausdauernd Tag und Nacht, kurz, er entwickelt eine Tätigkeit, die die menschliche, die er nun übernommen hat, weit in den Schatten stellt. Er ist geradezu die Verkörperung technischer Intelligenz. Dabei ist er verschwiegen, er hört niemals ein Gespräch mit und er verhindert außerdem jedes Einschalten in eine bestehende Verbindung. Kein Teilnehmer wird in der Zukunft in mehr oder minder große Erregung geraten, weil er mit einem anderen zufällig in der gleichen Leitung zusammengetroffen ist. **Die Automatisierung wird uns das Fernsprechparadies bescheren.** In einigen amerikanischen Riesenstädten ist man dabei, dieses Paradies in großem Umfange mit echt amerikanischer Geschwindigkeit zu verwirklichen. In Deutschland geht man bedächtiger vor. Das wirkt, so sehr der technische Fortschritt auch zu begrüßen ist, wohltätig in sozialer Hinsicht. Der automatische Betrieb fordert **nur ein Zehntel des bisherigen Personals**, vielleicht auch noch weniger. Es wäre unerträglich, wenn es in der Zeit des Abbaues und der Arbeitslosigkeit zu größeren Entlassungen im Fernsprechbetrieb käme. Ein langsameres Tempo des technischen Fortschritts ist also durchaus am Platze. Trotzdem ist die Automatisierung auch in Deutschland in weiterem Umfange eingeführt, als es bisher der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist. Es gibt bereits **rund 25 Aemter für zehntausend Teilnehmer, etwa 10 für tausend und rund 45 für hundert Teilnehmer.** Von den großen Zehntausenderämtern sind etwa 40 im Bau und ungefähr 60 in Vorbereitung. Ein Blick auf eine Landkarte, in die die einzelnen Aemter eingezeichnet sind, zeigt, daß die Automatisierung zuerst in den Industriegegenden durchgeführt sein wird. Der Osten, in dem die Landwirtschaft vorherrscht, weist nur ein einziges Amt in Insterburg auf, das in Vorbereitung ist. **Die restlose Durchführung der Automatisierung in Berlin wird etwa 10 bis 20 Jahre erfordern.** Hier wirken die Raumverhältnisse infolge der Wohnungsnot besonders ungünstig ein, denn jedes automatische Amt verlangt ein neues Gebäude. Es ist unmöglich, die Handämter während des Umbaues einfach stillzulegen. Bisher ist in Berlin das **Amt Zehlendorf** in Betrieb genommen, **Potsdam** ist gegen Ende vorigen Monats gefolgt.

## Wie der Automat arbeitet.

Wer ein automatisches Fernsprechamt besichtigen will, tut gut, zuerst ein Handamt zu besuchen. Der Unterschied in der Technik wird dadurch besonders klar hervortreten. Verschwunden sind die Vielfachfelder, verschwunden die Telephonistinnen. Dafür sind in hohen Gestellen, die bis zur Decke des Raumes reichen und die sorgsam hinter- und nebeneinander aufgestellt sind, **die Wähler, die eisernen Telephonistinnen**, untergebracht. Die Seele dieser automatischen Telephonistinnen sind **drei Elektromagnete**, die durch Stromstöße, die derjenige erzeugt, der eine Verbindung herstellt, eine **kleine Welle** heben und drehen. An dieser Welle sind **drei zierliche Aermchen** befestigt, die unendlich viel kleiner sind, als die der niedlichsten lebendigen Telephonistin. Diese Aermchen stellen die Verbindung zwischen dem rufenden und dem angerufenen Fernsprechteilnehmer her. In den großen Zehntausenderämtern sind immer **je 100 Leitungswähler**

**zu einer Gruppe vereinigt**, die von einem **„Gruppenwähler"** gleichsam beaufsichtigt werden. Die Aermchen des Gruppenwählers suchen selbsttätig eine freie Leitung zu den Leitungswählern auf, die dann die Verbindungen von 1 bis 99 der jeweiligen Hundertergruppe herstellen. Die Gruppenwähler wieder unterstehen dem **„Vorwähler"**, einem winzig kleinen Apparat, der fast unscheinbar anmutet. In dem Augenblick, wo ein Teilnehmer den Hörer von der Gabel nimmt, wird dieser kleine Wähler schon erregt, er ist sofort bestrebt, eine freie Leitung zu suchen, ehe der Teilnehmer noch seine Wünsche geäußert hat. Die Zahl der Gruppenwähler braucht durchaus nicht so groß zu sein wie die der Teilnehmer. Aus der Erfahrung weiß man, daß **höchstens 20 Proz. der Teilnehmer gleichzeitig sprechen.** Es werden also zur Herstellung der Verbindungen **nur 10 Proz. der Wähler** benötigt, da ja immer nur ein Teilnehmer die Verbindung herstellt, während der andere durch das Klingelzeichen erst als Teilnehmer herbeigerufen wird. Der Betrieb in einem automatischen Amt ist geradezu gemütlich. Hier und dort schnurrt ein Wähler, läßt seine Welle steigen und sich drehen und stellt damit die Verbindung her. Sowie der Teilnehmer den Hörer auf die Gabel legt, fällt die Welle in die Ruhestellung zurück. Dann steht sie wieder auf dem Sprung, unermüdlich zu klettern und sich zu drehen, wie ihr befohlen wird, ohne nervös zu werden. Das ganze mutet an wie ein neckisches Spiel und erzeugt ein beruhigendes Gefühl der Sicherheit, das der Besucher eines großstädtischen Handamtes niemals haben wird.

## Was der Teilnehmer zu tun hat!

Die Fernsprechapparate, die bei den Teilnehmern aufgestellt werden, unterscheiden sich nur durch die sogenannte Nummernscheibe von den bisher üblichen. Die kreisrunde Nummernscheibe ist nach dem Rande zu mit **10 Fingerlöchern** versehen, unter denen die Zahlen 0 bis 9 zu lesen sind. Wer eine Verbindung herstellen will, nimmt den Hörer von der Gabel. Dadurch wird der Apparat aus der Ruh- in die Sprechstellung geschaltet. Im gleichen Augenblick beginnt der Vorwähler auf dem Amt zu arbeiten. **Dann dreht der Teilnehmer** die Nummernscheibe. Wenn er z. B. die Nummer 9245 haben will, so steckt er einen Finger in die 9 und dreht die Scheibe bis zu einem Anschlag. **Dieser Anschlag muß unter allen Umständen berührt werden**, sonst erregt der Teilnehmer nicht die nötige Anzahl von Stromstößen, und die Magnete im Amt stellen sich infolge der nachlässigen Bedienung der Nummernscheibe falsch ein. Durch das Drehen der Nummernscheibe bis zum Anschlag wurde eine Feder gespannt, die die Scheibe wieder zurückrollt. Dann macht der Teilnehmer es nacheinander mit der 2, der 4 und endlich mit der 5 ebenso. Dadurch läßt er die Gruppenwähler und dann die Leitungswähler arbeiten. **In 4 × 1½ Sekunden hat er den Anschluß selbst hergestellt.** In Abständen von 10 zu 10 Sekunden hört er dann das Rufzeichen bei dem angerufenen Teilnehmer ertönen. Dadurch hat er die Gewißheit, daß die Verbindung tatsächlich hergestellt wurde. Wenn die Leitung nicht frei ist, kommt **das Besetztzeichen**. Der Teilnehmer wird dann als denkender Mensch den Hörer auf die Gabel legen und warten, bis die Verbindung getrennt ist, kann er doch sicher sein, daß er den gewünschten Anschluß in der kürzesten Zeit erhalten wird. Jedes Schimpfen ist unangebracht, denn der Apparat tut seine Pflicht und ist gegen die Aufregung irgendeines erregten Menschen völlig unempfindlich.

## Eine Zwischenstufe im Fernsprechbetrieb.

Neben dem automatischen Fernsprechbetrieb wird noch lange Zeit der Handbetrieb bestehen. Beide Systeme müssen also zusammen arbeiten können. Es muß jedem Teilnehmer, der einen Selbstwählerapparat hat, möglich sein, einen Teilnehmer, der noch zum Bereich eines Handamtes gehört, zu erreichen und umgekehrt. Das wird durch **Zwischenschaltung des halbautomatischen Betriebes** in vorbildlicher Weise erreicht. In Berlin sitzen z. B. im **Amt Nikolas** mehrere Damen vor einfachen Tastaturen. Wünscht der Teilnehmer irgendeines Berliner Handamtes mit Zehlendorf verbunden zu werden, so wird er von der Telephonistin seines Amtes mit der Vermittlungsstelle im Amt Nikolas verbunden. Dort ruft ein kleiner Vorwähler eine der Damen, die die Tastatur bedienen, an. Durch Drücken der Tastatur wirken sie auf eine **„Zahlengebermaschine"** ein, die durch ihre Umdrehungen die gleiche Arbeit leistet wie der Teilnehmer eines automatischen Amtes, der die Wählerscheibe seines Apparates betätigt. Diese **„Zwischenstufe"** wird also die Verbindung zwischen automatischen und Handämtern aufrechterhalten.

Die Automatisierung des Fernsprechbetriebes erfordert zunächst erhebliche Mittel, aber sie wird sich in der Zukunft durch die großen Ersparnisse, die sie im Betriebe mit sich bringt, bezahlt machen. Die Postverwaltung wäre verschwenderisch, wenn sie nicht auf eine wirtschaftliche Gestaltung ihrer Betriebe hinarbeitete. Gerade das verarmte Deutschland muß sich des technischen Fortschritts bedienen, wenn es lebensfähig bleiben will. Es ist eine geradezu ungeheuerliche Kurzsichtigkeit, wenn behauptet wird, daß Ausgaben zur Verbesserung unserer Verkehrseinrichtungen eine unverantwortliche Belastung darstellen, die jetzt unter allen Umständen zu vermeiden sei. Diese Ausgaben zu unterlassen, käme der Sparsamkeit engstirniger Menschen gleich, sie wäre in Wahrheit tollste Verschwendung.

---

## Die Mietepfändung.

In zahlreichen Fällen hat, wie schon kurz berichtet, der Berliner Magistrat durch Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß auf Monate hinaus die gesamten Mieten ganzer Häuser beansprucht, weil vom neuen Hausbesitzer die Grunderwerbssteuer nicht gezahlt wurde. Jedem einzelnen Mieter ging die Aufforderung zu, die Miete bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, also bis zur Deckung des Steuerrückstandes, an die örtlich zuständige Steuerkasse zu zahlen, falls nicht Einspruch gegen die magistratliche Anordnung erhoben wird. Dieser Einspruch hat eine juristisch gut beschlagene Mietervertretung in Baumschulenweg folgendermaßen begründet:

Die Pfändung erstreckt sich auf die in Papiermark zu zahlende, das heißt praktisch überhaupt nirgends mehr gezahlte Grundmiete und auf die Zuschläge zur Friedensmiete für Verwaltungskosten, laufende Instandsetzungen und Betriebskosten. Somit kann zunächst

---

(Nachdruck durch Malik-Verlag, Berlin.)

# Der Bürger.

66]

Von Leonhard Frank.

Zuerst blickte Jürgen mit zugekniffenen Augen mißtrauisch seitwärts, wie einer, der sich vergewissern will, ob er nicht beobachtet wird. Langsam richtete er sich auf. Die Hand wurde auf der Tischplatte zur Faust. Auf der Stirn entstand die Energiefalte. So saß er, reglos, alle Muskeln gespannt, plötzlich ganz erfüllt von dem Entschlusse, mit der Niederschrift seines seit langem geplanten Lebenswerkes „Volkswirtschaft und Einzelseele" zu beginnen. „Das ist meine Rettung." Freude rötete sein Gesicht.

Und wie er den Kopf hob, sah er auf der gegenüberstehenden Wand ein winziges, höhnisches Lächeln.

Senkte sofort den Kopf. Durch dieses Werk werde ich zu meinem kleinen Teile dem Fortschritt und der Erkenntnis der Menschheit dienen können, dachte er, schielte zur Wand, wo wie ein Bild das höhnische Lächeln hing.

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich Ihr tönendes, tiefes Gefasel über Moral, Gerechtigkeit, Humanität, Ideal und Seele in bezug auf die Volkswirtschaft nicht zulassen, sondern während der Niederschrift mit einer Hartnäckigkeit ohnegleichen immer wieder darauf hinweisen werde, daß es sich um die Moral und die Gerechtigkeit der herrschenden Klasse, der Nutznießer des bestehenden Produktions- und Verteilungssystems handelt, welches den entscheidenden mörderischen Einfluß hat auf das Wesen und das Sein, das Kranksein und das Nichtsein auch der Einzelseele."

Jürgens hervortretende Augen starrten rettungsuchend umher. Schlaff geworden, sank er in die Kanapee-Ecke. „Keine Möglichkeit der Hingabe? Ich sehne mich so sehr danach."

„Diese Sehnsucht entspringt schon dem Konflikt, der Sie ins Irrenhaus bringen wird."

„Ich will, ich will zurück zu mir ... Ich fühle, ich fühle ..."

„Sie ... denken Gefühle. Sie können weder vor- noch rückwärts."

„Eine tote Mitte? Das halte ich nicht aus. Ich werde wahnsinnig."

„Wahnsinnig! Sie sind gestellt."

„Eingekreist?"

„Eingekreist! Das, was Sie während der letzten vierzehn Jahre waren, können Sie nicht länger sein; so wie Sie als Kämpfender waren, nicht mehr werden. Sie sind nicht mehr vorhanden. Sie sind nicht mehr Sie."

„Das hat auch der Trambahnschaffner gesagt."

„Aus dem heraus habe ich gesprochen."

„Sind Sie auch die Abendzeitung, die nicht gekommen ist?"

„Ich bin das Nichtgekommensein der Abendzeitung und habe auch aus dem Trambahnschaffner herausgesprochen. Der sogenannte normale Bürgersmann hört aus des Schaffners Worten „Das sind ja gar nicht mehr Sie" nur heraus, daß sein Bart länger oder grauer geworden ist."

„Wenn Sie ich sind und aus dem Trambahnschaffner herausgesprochen haben, dann habe ja ich selbst aus dem Trambahnschaffner herausgesprochen und zugleich als Fahrgast seine Worte vernommen. Seine? Ihre? Oder meine? Ich weiß nicht. Bin ganz verwirrt."

„Sie haben Ihre eigenen Worte vernommen, die der Trambahnschaffner, aus dem ich sprach, gesprochen hat."

Angsterregung riß Jürgen vom Kanapee auf. „Wer denkt das alles? Ich will wissen, wer da denkt."

„Ihr Bewußtsein."

„Wer spricht die ganze Zeit mit mir? Ich höre Stimmen?"

„Wahnsinnige hören Stimmen."

„Und ich bin nicht wahnsinnig. Bin nicht wahnsinnig! Ich bin der Bankier Jürgen Kolbenreiber. Und ich brauche nur nicht mehr in das Bureau zu gehen, brauche nur da wieder anzuknüpfen, wo ich vor vierzehn Jahren abgebrochen habe, dann werde ich wieder ein Ziel haben, werde hingebungsvoll kämpfen, und alles wird gut sein."

„Auch dieser Wunsch entspringt dem Konflikt, der Sie ins Irrenhaus bringen wird."

„Suchet, so werdet Ihr finden, heißt es in der Schrift." Jürgen lauschte, das Gesicht seitwärts gedreht. Im Nachbargarten ertönte eine Lachsalve.

„Ich muß Schluß machen, Schluß! und sofort neu anfangen. Auf der Stelle! Vor allem: ich gehe nicht mehr in die Bank. Schluß!"

Er war aufgesprungen, lauschte nach innen, was der Strom der Gefühle ihm zuerst bringen werde:

Schreibmaschinen klapperten. Der Mahagoniaufzug stieg lautlos empor. Angestellte eilten durch die Gänge des Bankgebäudes. Der Prokurist verbeugte sich, reichte Jürgen die wichtigen Telegramme.

Angewidert von dem eigentümlichen Geruch des Bankgebäudes, schob er das ganze Geschäft von sich weg, wartete auf den Strom der Gefühle. Die Frau des befreundeten Fabrikanten, eine junge, schöne Blondine, die zu Jürgen in die Villa gekommen und von ihm verführt worden war, tritt ein, nimmt, wie damals, den Schleier ab. Das sah, wie damals, aus, als ob sie sich entkleidete. Jürgen schüttelte abwehrend den Kopf.

Das Billardbrett tauchte grün auf. Jürgen hatte nur noch einen schwierigen Stoß zu machen. Der gelang ihm. Er hatte die Partie gewonnen. Der Freund mußte bezahlen.

Jürgen lächelte zu Boden. „Das war eine interessante Partie," flüsterte er erfreut und machte seinem Freunde noch eine Serie schwierigster Stöße vor.

Die Billardbälle wurden immer größer, kopfgroß, wurden zu den farbigen Glaskugeln. Erst als er im roten Ball seinen abgeschlagenen Studentenkopf erkannte, der lächelte, so daß nicht ein Billardball, sondern ein gefährliches Lächeln kopfgroß über das grüne Tuch hopste, ließ er das Queue sinken.

In tiefster Bestürzung flehte er um ein Gefühl aus der Vergangenheit. Er empfand nichts, ließ sich, gebrochen und ergeben, in den Sessel sinken. „Ich gehe eben morgen wieder ins Bureau und übermorgen und in zwanzig Jahren auch noch." „Unmöglich!" rief er. „Unmöglich!"

Da stieg die Wut hoch in ihm. Um die innere Leere zu füllen, stieß er starke Worte aus: „Blutig ans Kreuz geschlagen! Proletarier aller Länder ...! Sturm! Untergang!" Er empfand nichts dabei. Brüllte wahllos: „Kinderbewahranstalt! Apfelknecht! Reifeisen!"

„Was, Apfelknecht? Nun, weshalb nicht auch Apfelknecht? Jetzt erst recht: Apfelknecht! Apfelknecht! Apfelknecht!"

Entstellt vor Wut, raste er durch alle Zimmer durch in den Salon. Zwischen dem schwarzlackierten, nie benutzten Kohlenkasten, auf den die heilige Familie auf der Flucht nach Aegypten gemalt war, und dem gestickten Wandschirmstorch, der das Wickelkissen mit den drei Säuglingsköpfen aus dem Teiche zog, schwang der Perpendikel hin und her.

Vor übergroßer Wut ganz ruhig geworden, schritt er zur Uhr und riß mit einem Ruck den Perpendikel heraus, schleuderte ihn durchs Fenster in das Springbrunnenbassin. Die Amsel zuckte aus dem Garten hinaus. „Das wäre das," frohlockte er, hob die meterhohe Vase über den Kopf empor und schmetterte sie zu Boden. Die Rippstücken flogen an die Wand. Die Fenster klirrten. Er demolierte die ganze Einrichtung. Rückte den schweren Eichenholzschrank von der Wand, betrachtete die Zerstörung. „Nun, nun," sagte er ratlos und schob den Schrank wieder zurück.

(Fortsetzung folgt.)

der Hausreiniger nicht bezahlt und die polizeilichen Vorschriften zur Reinigung des Bürgersteiges bei Schneefall nicht erfüllt werden. Es ist weiter monatelang nicht möglich, aus Geldmitteln, die sonst bereitständen, die allerdringlichsten laufenden Instandsetzungen, beispielsweise bei Rohrbrüchen, ausführen zu lassen, zumal einem solchen Hause kein Handwerker Kredit gewähren wird. Vor allem ist es monatelang nicht mehr möglich, die Betriebskostenrechnungen und die in ihnen enthaltenen Steuern zu zahlen, was nach der üblichen Praxis sehr leicht zur Absperrung von Gas, Wasser und Strom, zur Nichtabholung des Mülls und vielleicht auch zur Einstellung der Schornsteinreinigung führen kann. Somit tritt, abgesehen von der Unerfüllbarkeit privater Forderungen, der eigenartige Zustand ein, daß die Gemeinde mit der Pfändung der Grunderwerbssteuer auf die Einziehung anderer fälliger städtischer Abgaben verzichten muß. Es wird aber auch, was sich im Einzelfalle noch schlimmer auswirkt, der ganze von der Mietrecht-Gesetzgebung bestimmte Wirtschaftsplan des betreffenden Hauses über den Haufen geworfen.

Die Grunderwerbsteuer ist zweifellos eine Personalsteuer, nicht eine Realsteuer. Ihre Bezahlung kann daher nicht aus den Betriebskostengeldern des Hauses, die für ganz bestimmte Zwecke vorgesehen und nicht Eigentum des Hausbesitzers sind, verlangt werden. Die Abtretung an einen anderen Gläubiger würde eine Veränderung des Leistungsinhaltes herbeiführen und ist deshalb nach § 399 BGB. unzulässig. Nach § 851 der ZPO. können aber nur abtretbare Forderungen gepfändet werden. Ein Pfändungsrecht besteht also nur für die Grundmiete, was mit Rücksicht auf ihren Pfennigbetrag keinen praktischen Wert hat.

Warum werden solche Häuser, deren vielleicht in China oder Hinterpodolien lebender Besitzer die Grunderwerbsteuer nicht bezahlt, nicht einfach unter gerichtliche Zwangsverwaltung gestellt?

## Der Prozeß gegen die Giftmischerin Genschow.

### Der erste Mordprozeß vor dem neuen Schwurgericht.

Die erste Verhandlung vor dem in der neuen Zusammensetzung zusammentretenden Schwurgericht wird der Giftmischerprozeß gegen die Kontoristin Alice Rose Genschow sein, der Mitte April in mehrtägiger Verhandlung das Schwurgericht beim Landgericht II unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dust beschäftigen wird.

Die Angeklagte Genschow wird beschuldigt, durch Beibringung von Giften die Gesundheit von vier Personen, und zwar in vier selbständigen Handlungen, beschädigt zu haben, wobei in einem Falle der Tod herbeigeführt wurde. Rose Genschow war ohne Beschäftigung und Mittel und suchte die Bekanntschaft von Männern zu machen, indem sie Likörstuben und Dielen aufsuchte. Um in den Besitz größerer Geldmittel zu kommen, schüttete sie ihren Opfern größere Mengen Opium in die Getränke mit der Absicht, sie zu betäuben und dann zu berauben. Am 24. März 1922 traf sie einen Kriegsgerichtsrat Sch., den sie von früher kannte und begleitete ihn in seine Wohnung. Nachdem die Genschow ihm ein Glas Kognak mit Wasser gereicht hatte, befiel Sch. eine große Uebelkeit, so daß er sich zu Bett legen mußte. Auch am nächsten Tage hatte er noch häufiges Erbrechen. Seine Begleiterin hatte sich bald nach dem Eintritt der Erkrankung entfernt, und es wurde am nächsten Tage festgestellt, daß die sämtlichen Wertsachen, Wäsche, Decken, die Uhr und die Schlüssel fehlten sowie die Brieftasche. Ein ähnliches Erlebnis mit der Angeklagten hatte im Juli desselben Jahres der Oberingenieur M., der sie am Potsdamer Platz kennengelernt hatte und nach Besuch verschiedener Dielen auf einer Bank am Kaiserplatz von Uebelkeit befallen wurde. Auch er stellte später das Fehlen seiner Brieftasche fest. Ein weiteres Opfer war ein Handlungsgehilfe K., der in einer Januarnacht 1923 mit der Genschow eine Kneiptour gemacht hatte. Ihn überfiel mit einem Male eine so große Müdigkeit, daß er sich von seiner Begleiterin nach seiner Wohnung bringen lassen mußte. K. ist dann zu Hause in einen totenähnlichen Schlaf verfallen, währenddessen sich die Genschow der Schlüssel bemächtigte und sich entfernte. K. hatte am nächsten Morgen den Verlust der goldenen Uhr und Kette zu verzeichnen. Am verhängnisvollsten verlief der vierte Fall. Am 9. Februar 1923 kam der Händler Hempel in eine Likörstube in Friedenau, wo er bei Bezahlung einer Zeche eine große Geldsumme sehen ließ. Die ebenfalls an der Bar sitzende Angeklagte machte sich nun an Hempel heran und nötigte ihn zu bleiben. Beide zogen sich auch in ein Nebenzimmer zurück und es wurde reichlich Alkohol bestellt. Als Hempel an die Bar trat, um die Zeche zu bezahlen, wurden plötzlich alle seine Glieder steif und er fiel bewußtlos zu Boden. Man mußte ihn zur Rettungswache schaffen, wo er bald nach der Einlieferung, ohne wieder zum Bewußtsein zurückgekehrt zu sein, verschied. In der Leiche wurden große Mengen einer Opiumtinktur festgestellt. Hempel war auch ein erheblicher Geldbetrag geraubt worden. Festgestellt ist, daß die Angeklagte Genschow sich an dem verhängnisvollen Abend durch die Aufwärterin des Lokals aus einer naheliegenden Apotheke auf ein Rezept Opiumtinktur hatte holen lassen. Das leere Fläschchen wurde später im Toilettenraum versteckt gefunden. In einigen der anderen Fälle war zur Betäubung der Opfer nicht Opium, sondern Morphium benutzt worden. Während die Angeklagte in dem Falle Hempel jede Schuld ableugnet, hat sie eingeräumt, dem Kriegsgerichtsrat Morphium gegeben zu haben, angeblich, um ihn gutmütig zu stimmen, ihr mit einem größeren Geldbetrag auszuhelfen. In den anderen Fällen bestreitet sie, irgendein narkotisches Mittel verwendet zu haben. Zu der Verhandlung sind zahlreiche Sachverständige geladen.

**Professor Sombart nicht verunglückt.** Dem von uns gemeldeten Unglücksfall auf den Wilmersdorfer Untergrundbahn liegt folgender Tatbestand zugrunde: Gestern vormittag wurde auf dem Bahnhof Rüdesheimer Platz ein Mann die Treppe hinunter auf den Bahnsteig geworfen, von dem man nach bei ihm vorgefundenen Ausweispapieren zuerst annahm, es handele sich um Professor Sombart. Wie sich später herausstellte, war der Verunglückte ein Herr Vogel, ein Kaufmann aus Friedenau, ein Mann im Alter von 68 Jahren.

## Land und Leute in Südamerika.

Ueber Land und Leute in Südamerika sprach auf Veranlassung der Gewerkschaft deutscher Geistesarbeiter Hauptschriftleiter Georg M. von Coellen im „Nordischen Hof" vor einem Publikum, das sich mit dem Gedanken einer Auswanderung schon lange vertraut gemacht, ja vielleicht sogar schon einen Entschluß gefaßt hat, das alte Vaterland zu verlassen. Ihnen allen kam der Redner mit seinen Ausführungen zu Hilfe. Streng objektiv und ohne Voreingenommenheit verteilte er Licht und Schatten in gleicher, gerechter Weise, übersah nicht das Gute, das sich dem Einwanderer in Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay und Paraguay bietet, und vergaß nicht zu warnen vor übertriebenen Hoffnungen. Der Siedler hat in Süd-Amerika Aussichten auf Erfolg und Vorwärtskommen, wenn er härteste Arbeit, Entbehren und Darbenkönnen nicht scheut. Auch der Arbeiter, der in der alten Heimat im Fabriksaal gestanden, kann nutzbringend an dieser Siedlungstätigkeit sich beteiligen, wobei er sich aber stets vor Augen halten muß, was es heißt, ein Stück Urland auszuroden und zu kultivieren. Für den Arbeiter aber, der in die Fabrik gehen will, sind die Aussichten sehr ungünstig, ebenso wie für den Kaufmann, den Arzt, Rechtsanwalt und Apotheker. Mit den größten Hoffnungen kann der selbständige Handwerker, der Elektrotechniker, der Motorschlosser, der Ingenieur und Architekt nach Süd-Amerika gehen. Am allerungünstigsten und gefährlichsten aber liegen alle diese Dinge für Frauen und Mädchen, denn gerade Süd-Amerika ist immer das Dorado für Mädchenhändler gewesen. Der Redner vergaß nicht zu betonen, daß die Staaten Südamerikas Freiland an Auswanderer nicht mehr geben, oder doch höchstens in einer sehr abgelegenen und ungesunden Gegend. Zum Erwerb von 150 bis 300 Morgen Siedlungsland sind etwa 300 bis 500 Goldmark notwendig, während der Tabakplantagenbesitzer 30 000 bis 50 000 Goldmark aufwenden muß. Eine Reihe von Lichtbildern, die leider nicht alle gut gelungen und glücklich belichtet waren, versuchten mit Land, Leuten, Städten, Siedlungen und industriellen Anlagen bekanntzumachen.

**Die Gründung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold"** scheint den völkischen Heldenjünglingen etwas auf die Nerven zu fallen, wie folgender Vorfall beweist: In der Wohnung des Vorsitzenden des Gaues Berlin, Fritz Koch, erschienen gestern — wohlweislich in seiner Abwesenheit — zwei junge Leute, um unter dem Vorwand, Mitglied des Bundes werden zu wollen, sich über die persönlichen Verhältnisse des Genannten zu informieren. Als sie schließlich unverrichteter Sache wieder die Wohnung verließen, beteuerten sie dräuend, „den Kerl über den Haufen schießen zu wollen." Diese herzige Bekanntgabe eines frommen Wunsches dürfte geeignet sein, die gute Entwicklung des Bundes weiter zu fördern.

**Die 6. Groß-Berliner Tabak-Messe** findet vom 5.—8. April in den beiden sich gegenüber liegenden Meßhäusern „Groß-Berlin" und „Neue Welt" in Berlin, Hasenheide, statt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Abteilungsmietervertreter!

**Versammlung am Donnerstag, den 3. April, 7½ Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.**

**Tagesordnung: 1. Wohnungshygiene. Ref.: Genosse Dr. Marx. 2. Unsere Wahlarbeit. — Alle Kreise und Abteilungen müssen vertreten sein.**

14. **Kreis Neukölln.** Die Funktionärinnen treffen sich in der heute stattfindenden öffentlichen Versammlung im Schultheiß, Hasenheide, um 6 Uhr am Saaleingang zur Entgegennahme von Material.

7. **Kreis Charlottenburg.** Donnerstag, den 3. April, 7½ Uhr, Schillerstraße 26, Vortrags- und Diskussionsabend der Freien Schulgemeinde. Vortrag über „Die Schulforderungen der politischen Parteien". Referent Genosse Dr. Deiters. Schulangelegenheiten. — Donnerstag abend 7½ Uhr Sitzung aller Obleute des Beamtenwerbeausschusses bei Tiersch, Kantstr. 61. Beamtenflugblätter in Empfang nehmen. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. Kreisvorstand und Abteilungsleiter sind hiermit eingeladen. — Donnerstag, den 3. April, 7½ Uhr, erweiterte Vorstandssitzung, Zimmer 1. Zu dieser Sitzung muß der Obmann des Ordnerdienstes erscheinen. Jede Abteilung muß vertreten sein.

9. **Kreis Wilmersdorf.** Der Saalschutz muß vor Beginn der Versammlung am Donnerstag um 7 Uhr pünktlich zur Stelle sein. Kein Mitglied des Saalschutzes darf fehlen. — Beginn der Wahlagitationskurse Freitag, den 4. April, 8 Uhr, in der Hindenburg-Oberrealschule, am Seepark, Erdgeschoß.

## Das Rundfunkprogramm.

**Mittwoch, den 2. April.**

**Tageseinteilung** Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittelung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

**4—4.30 Uhr: Kindervortrag:** „Rätsel und Scherze". **4.30—6 Uhr: Unterhaltungsmusik. 7.30 Uhr: Vortrag** des Herrn Major Franz Breithaupt, Geschäftsführer der Deutschen Turnerschaft: „Bedeutung der Leibesübungen für das deutsche Volk". **8.30 Uhr: IV. Sonderveranstaltung der Funkstunde A.-G.** Arnold Földessy (Violoncello). 1. a) Die Uhr von Loewe, b) Die wandelnde Glocke von Loewe (Konzertsänger Walter Sommermeyer, Hamburg). 2. Rondo von Schubert-Taussig (Prof. Josef Weiß, Klavier). 3. Gedichte von Paul Heyse (Ilse Kamnitzer). 4. Arnold Földessy (Violoncello). 5. Aufforderung zum Tanz von Weber-Taussig (Prof. Josef Weiß, Klavier). 6. a) Biterolf von Hugo Wolf, b) Storchenbotschaft von Hugo Wolf (Konzertsänger Walter Sommermeyer, Hamburg). 7. Märchen von Andersen (Ilse Kamnitzer). 8. Arnold Földessy (Violoncello). Am Flügel: Kapellmeister Otto Urack.

### Heute, Mittwoch, den 2. April:

32.—36. **Abt.** 7½ Uhr findet im Jugendheim Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 5, ein Vortrag über „Die Bewegung der Kinderfreunde" statt. Interessierte Genossen sind herzlich eingeladen.

### Morgen, Donnerstag, den 3. April:

32. **Abt.** 7 Uhr Funktionärkonferenz in der Schule Lange Str. 33, Zimmer 50.
37. **Abt.** 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Pfeiffer, Dauchaustr. 2.
83. **Abt. Tempelhof.** 7½ Uhr im Genossenschaftswirtshaus Dorfstr. 51, Jahresversammlung.
89. **Abt. Neukölln.** 7½ Uhr bei Stahl, Sanderstr. 11, Vorstands- und Funktionärsitzung.
128.—130. **Abt. Pankow.** 7½ Uhr bei Bater, Mühlenstr. 12, Funktionärkonferenz mit den Mitgliedern der Agitationskommission. Erscheinen sehr notwendig.
132. **Abt. Blankenburg.** 7½ Uhr bei Klug, Dorfstraße, Vortrag des Genossen Fendel über „Sozialdemokratie und Reichstagswahlen".

### Frauenveranstaltung am Donnerstag, den 3. April:

14. **Kreis Neukölln.** 7½ Uhr in der Schule Kaiser-Friedrich-Str. 4, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Wohnungsfragen (mit Lichtbildervortrag). Referent Stadtverordneter Genosse Gutschmidt.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

5. **Abt.** Genosse Friedrich Petermann, Hertastr. 20, ist verstorben. Beerdigung Donnerstag, den 3. April, nachmittags 5 Uhr, Georgenkirchhof, am Königstor.

## Jugendveranstaltungen.

**Achtung, Abteilungsleiter!** Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Theatervorstellung (Faust) am Sonntag, den 5. April, nicht stattfindet.

**Achtung, Abteilungskassierer!** Wir machen darauf aufmerksam, daß von allen Abteilungskassierern die Beitragsmarken für den Monat April abgeholt werden müssen.

### Heute, Mittwoch, den 2. April, abends 7½ Uhr, Monats- bzw. Jahresmitgliederversammlungen:

**Friedrichsfelde:** Berliner Str. 45, Ecke Schloßstraße. — **Friedrichshagen:** Scharnweberstr. 105. — **Kaulsdorf:** Adolfstr. 25 (Schule). — **Lankwitz:** Schulstraße (Schule). — **Lichterfelde:** Jugendheim Albrechtstr. 14a. — **Lichtenberg-Mitte:** Jugendheim Dossestr. 22. — **Lichtenberg-Nord:** Parkaue 16. — **Neu-Lichtenberg:** Marktstr. 12. — **Mahlsdorf:** Waldenseestraße (Schule). — **Schönhauser Vorstadt:** Sonnenburger Str. 20 (Schule). — **Südost (Reichenberger Viertel):** Glogauer Str. 15 (Schule). — **Tempelhof:** Germaniastr. 4—6, Lyzeum, Eingang Kinderhort.

*

**Karow:** Lokal „Zum Pankgrafen", Pankgrafenstraße. Diskussion: „Verhältnis zwischen Burschen und Mädel". — **Osten (Frankfurter Viertel):** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 5, Vortrag: „Die Bewegung der Kinderfreunde". — **Osten (Petersburger Viertel):** Petersburger Str. 16, Diskussion: „Unsere Osterfahrt". — **Reinickendorf-West:** Auguste-Viktoria-Allee (Kinderhort), Einführungsabend.

## Arbeitersport.

**Der Werbeabend der Bundesschulfiliale Berlin** findet am Sonntag, den 6. April, in der Prinzenhalle, Prinzenstr. 70, statt. Es wird nochmals auf diese außerordentlich wichtige Veranstaltung aufmerksam gemacht. Verschiedene Vereine haben noch keine Karten entnommen. Einlaß 4.30 Uhr. Anfang 5.30 Uhr. Die üblichen Nachzügler stehen vor verschlossenen Türen, denn während der Vorführungen bleiben die Türen geschlossen! Es sind noch Karten zu haben im Sporthaus „Fichte", SO., Köpenicker Str. 108, Filiale Osten, Wilhelm-Stolze-Str. 38; Filiale Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 65 sowie an der Abendkasse. Kein Verein darf fehlen!

**Touristenverein „Die Naturfreunde", Abt. Charlottenburg.** Am Mittwoch, den 2. April, abends 7½ Uhr, Bunter Abend in der Aula der Fürstin-Bismarck-Schule, Sybelstr. 2—4. Darbietungen: Musik, Rezitationen, Schattenspiele, Gesänge und Volkstänze. Am Donnerstag, den 3. April, außerordentliche Generalversammlung im Heim, Am Lützow 9. Tagesordnung: Berichte, Neuwahlen, innere und äußere Arbeit, Anträge, Verschiedenes.

**Sportliche Vereinigung Norden 1893.** Am Freitag, den 28. März, fanden in unserer Turnhalle Berlin N. 39, Pankstraße, die Endkämpfe im Ringen in 6 Gewichtsklassen um die Vereinsmeisterschaften statt, in denen sämtliche Kollegen der Sportlichen Vereinigung Norden 93 ihr Bestes hergegeben haben. Vom Bantamgewicht bis Schwergewicht erhielten folgende die 1. Preise: A. Wuschke, W. Bienk, W. Krüger, W. Gräbert, L. Kurzhals, C. Patriok; die 2. Preise erhielten R. Sommerfeld, F. Clupka, A. Rohn, H. Inforlewitz, K. Stolz, H. Bathe. Somit sind die Erstgenannten die A-Mannschaft für die kommenden Serienwettkämpfe des ARSB., die im April beginnen, und die Letztgenannten die B-Mannschaft der Sportlichen Vereinigung Norden 93.

## Geschäftliche Mitteilungen.

100 Zigaretten gibt die Zigarettenfabrik **Alarm**, Berlin, bei Vorzeigen von 10 Deckeln für Hundertstückpackungen oder 100 Deckeln der Zehnstückpackungen nach Vorlage dieser Zeitung bis 15. Juli 1924 bei den Zigarrenhändlern oder in der Fabrik.


Sei sparsam!!!

Nimm:

NIVODONT-ZAHNPASTA

als billigstes und bestes Zahnpflegemittel, um weisse und gesunde Zähne zu erhalten

CALCIFORM-TABLETTEN

als Schutz gegen Erkältung, Grippe und gegen Mundgeruch

CAMPHOLINT

als beste Hautcreme zur Behandlung von Frost- und Hautwunden und gegen rauhe und rote Haut

CAVALIN

als sicher und schnell wirkendes Streupulver gegen Fuss- und Achselschweiss. Ohne schädliche Nebenwirkung.

# Wirtschaft

## Arbeitslohn und Wohnungsbau.

In der soeben erschienenen „Zeitschrift für Betriebswissenschaft" befindet sich ein Artikel des Professors Sommerfeld-Mannheim über die Wohnungsmiete des Arbeiters als Betriebskostenfaktor. Der Artikel geht davon aus, daß der Lohn alle jene Aufwendungen enthält, die in ihrer Gesamtheit die physische und geistige Leistung des Arbeiters ermöglichen. Der Lohn muß demnach Aequivalente enthalten für den Lebensunterhalt, die Kleidung, die Wohnung, für Kulturbedürfnisse und für die Vorbereitung zur Erzielung der Fertigkeiten. Der Aufwand des Arbeiters für die Mietwohnung muß als Bestandteil des Lohnes zurückvergütet oder vorgeleistet werden. Professor Sommerfeld untersucht die Folgerungen, die sich aus dieser Auffassung ergeben, je nachdem, ob der Export von Waren unter dem Weltmarktpreis oder zu diesen Preisen erfolgt. Solange der Export unter dem Weltmarktpreis stattfand, blieben erhebliche Kostenbestandteile der Ware ungedeckt und große Werte gingen ohne Gegenleistung ins Ausland. „Wir haben unseren Hausbesitz dem Auslande teilweise geopfert." Wenn aber zu Weltmarktpreisen Waren ausgeführt werden, so fließen die Gegenwerte der Mietkosten dann nicht an diejenige Stelle, wo die Kosten zu decken sind. Sie fallen vielmehr dem Betriebe des Exporteurs zu. Die Industrie zehrt auf diese Weise den Hausbesitz auf. Es war den am Export beteiligten Kreisen möglich, die Exportgewinne, soweit sie in der unberechtigt ihnen zufallenden Mietquote bestanden, zur Erweiterung und Vervollkommnung ihrer Anlagen sowie zur Erhöhung der Lebenshaltung des Unternehmers zu verwenden. Die Bereicherung geschieht auf Kosten des Hausbesitzes, in neuerer Zeit auch auf Kosten der Allgemeinheit, die durch Wohnungsbauabgaben unter staatlicher Führung den Miethausbau finanziert.

Die Billigkeit würde nach dem Verfasser erfordern, daß die Mietkosten wieder wie vor dem Kriege als Lohnbestandteil vom Betrieb getragen werden. Folgerichtig kommt der Artikel zum Schluß, daß dem Niedergang unseres Wohnungswesens nur dadurch begegnet werden kann, daß der Arbeitslohn wieder auf eine Höhe gebracht wird, die es dem Arbeiter ermöglicht, die Miete in ausreichender Höhe zu entrichten.

Diese Auffassung Sommerfelds ist, wenn man das Problem auf lange Sicht hin betrachtet, richtig. Allerdings ist eine rasche Wiederaufnahme des Wohnungsbaues selbst bei erheblicher Erhöhung der Löhne nicht eher möglich und denkbar, wenn der gänzlich desorganisierte Kapitalmarkt wieder funktioniert und dem Häuserbau die notwendigen Mittel zuführt. Da das von einer Mieten- und Lohnerhöhung allein keinesfalls erwartet werden kann, ist eine gemeinwirtschaftliche Aufbringung des Wohnungsbaukapitals und damit gleichzeitig eine gemeinwirtschaftliche Bautätigkeit notwendig, wie sie von der Sozialdemokratie immer gefordert wurde.

Die Darlegungen Professor Sommerfelds bestätigen also die Auffassung, daß der Ertrag der künstlichen Niedrighaltung der Mieten zum größten Teil der Industrie zugute gekommen ist. Die Industrie hat also den Hausbesitz enteignet. Damit ist die Fabel, die erst kürzlich wieder vom Generaldirektor Vögler auf der Industrietagung vorgetragen wurde, nämlich, daß der Mittelstand durch die Arbeiterschaft ruiniert worden sei, auf das gründlichste erledigt. Für den Staat aber und für die Gewerkschaften ergibt sich aus den Darlegungen des Wissenschaftlers die zwingende Schlußfolgerung, daß eine den Mietsteigerungen angemessene Lohnerhöhung die wichtigste Voraussetzung für die dauernde Belebung des Wohnungsbaues darstellt.

*

Die erwähnte Zeitschrift für Betriebswissenschaft erscheint im Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin. Die Vierteljahrsschrift will, wie schon ihr Titel sagt, sich mit den Problemen der Betriebswirtschaftslehre befassen, sie wissenschaftlich fördern und ihre Anwendung den Praktikern vermitteln. Das erste Heft enthält u. a. Beiträge über Goldmarkbilanzen und Goldmarkbuchführung, über die Bilanz als Mittel der Erfolgsrechnung, über die Lehren vom Kredit, die Gründung von Aktiengesellschaften und über „die Wohnungsmiete des Arbeiters als Betriebskostenfaktor". Als Herausgeber und Mitarbeiter zeichnen Hochschulprofessoren, wie F. Schmidt-Frankfurt, Leitner-Berlin, Sommerfeld-Mannheim. Ist demnach die Zeitschrift vorwiegend von Interessen der Wissenschaft und der kapitalistischen Unternehmer getragen, so wird ihr Inhalt doch auch für solche Arbeitnehmer und Gewerkschaftsvertreter von Wichtigkeit sein, die infolge ihrer Stellung im Betriebsrat, in technischen Ausschüssen usw. den Problemen der Produktionsgestaltung besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

---

**Die Angst vor der Auslandskonkurrenz.** Wir haben darüber berichtet, daß in der Automobilindustrie eine starke Nervosität wegen der drohenden Konkurrenz des Auslandes herrscht. Der amerikanische Autoindustrielle Henri Ford, der mit dem Achtstundentag und trotz der hohen amerikanischen Löhne die Automobile bedeutend billiger herstellt als die deutsche Automobilindustrie, beabsichtigt die Einfuhr großer Mengen von Personenwagen und Traktoren nach Deutschland. Bisher ist die Einfuhr von 500 Fordschen Traktoren auf Antrag des Reichsernährungsministeriums genehmigt worden, und zwar soll die Einfuhrgenehmigung davon abhängig gemacht sein, daß zum Bezuge dieser Traktoren ein Kredit gewährt wird. Was nun die Personenwagen angeht, so ist anzunehmen, daß auch diese ihren Eingang in Deutschland finden werden. Zwischen der Berlin-Burger Eisenwerk A.-G. zu Berlin und der Ford Motor Company sind nämlich Verhandlungen zum Abschluß gekommen, die den Vertrieb von Fordautomobilen und Traktoren in Deutschland ermöglichen sollen. Die deutsche Gesellschaft wird ein ihr gehöriges Werk an der Wasserkante zur Verfügung stellen, in dem man diejenigen Teile von Fordautomobilen innerhalb der Grenzen fabrizieren will, deren Einfuhr verboten ist. Ob und wann die Einfuhr erfolgen wird, hängt allerdings noch davon ab, daß das Einfuhrverbot aufgehoben wird. Im Interesse der deutschen Handelsbilanz würden auch wir eine Ueberschwemmung Deutschlands mit ausländischen Automobilen nicht für erwünscht halten. Diese kann aber nicht bekämpft werden mit Schutzzöllen und Einfuhrverboten, sondern durch eine intensive Konkurrenz durch die deutschen Fabriken. Die deutschen Unternehmer haben jetzt Gelegenheit zu beweisen, daß sie mit Unterweltmarktlöhnen, also mit einem beträchtlichen Vorsprung vor der fremden Konkurrenz dasselbe zu leisten vermögen wie die Amerikaner. Das ist auch deshalb notwendig, weil nur durch einen radikalen Preisabbau diejenige Besserung des Automobilabsatzes erreicht werden kann, die diesem wichtigen Industriezweige ein weiteres Gedeihen ermöglicht.

**Der Wechselkredit beim Bezuge von Kalisalzen.** Das Kalisyndikat hat sich entschlossen, den zurzeit bestehenden Wechselkredit mit Rücksicht auf die durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse eingetretene Verzögerung in der Felderbestellung auch noch auf solche Aufträge auszudehnen, welche ihm vom 1. bis einschließlich 16. April zur sofortigen Lieferung zugehen, mit dem Vorbehalt, daß es auch weiter Reichsbankkredite bekommt. Da sich die Reichsbank jedoch nur bereit erklärt, für diese Aprilabrufe den Wechselkredit bis höchstens 31. Oktober auszudehnen, so muß dieser Tag äußerster Fälligkeitstermin der Prolongationswechsel sein.

**Schweden führt die Goldeinlösung für Noten wieder ein.** Der schwedische Reichstag hat Sonnabend beschlossen, die Verpflichtung der Reichsbank zur Einlösung ihrer Banknoten in Gold mit dem 1. April wieder in Kraft treten zu lassen. Am gleichen Tage wird das Ausfuhrverbot für Gold aufgehoben und ein Einfuhrverbot für Gold für alle anderen Stellen als die Reichsbank erlassen.

**Zur polnischen Valutareform.** Die neue Notenbank eröffnet ihre Tätigkeit am 28. April. Am 1. Mai werden die polnischen Goldgulden in Umlauf gesetzt.

**Die Bekämpfung der amerikanischen Agrarkrise.** Ein Gesetz, das der kritischen Lage der amerikanischen Landwirtschaft abhelfen soll, ist dem Senat eingereicht worden. Es sieht die Angleichung der Preise der Agrarprodukte denen der industriellen Erzeugnisse vor; eine Exportkommission mit einem Kapital von 200 Millionen Dollar soll ferner gegründet werden, um die amerikanischen Agrarprodukte durch eine zusammenfassende Organisation des Exports und durch Exportprämien im Auslande konkurrenzfähig zu machen.

## Oeffentliche Wählerversammlungen

**heute, Mittwoch, den 2. April, abends 7½ Uhr:**

**Berlin-Mitte:** Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 10/11. Referent: Landtagsabg. Paul Hirsch.

**Friedenau:** Aula Realgymnasium, Homuthstraße 1. Referent: Landtagsabg. Bartels.

**Neukölln:** „Zum Schultheiß" (Wintergarten), Hasenheide 22. Referent: Eduard Bernstein.

**Donnerstag, den 3. April, abends 7½ Uhr:**

**Wilmersdorf:** Bismarck-Gymnasium, Pfalzburger Straße 30/31. Referent: Schriftsteller Gerhart Seger.

**Buchholz:** bei Kähm, Berliner Str. 39. Referent: Bezirksverordneter Herm. Lempert.

**Wittenau:** Lokal Friedrich Schulze, Oranienburger Straße 88/89. Referent: Landtagsabgeordneter Lüdemann.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Der Kampf um den neuen Reichstag!**


**Ihr Mund** wird entstellt durch häßlich verfärbte Zähne. Übler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Übel werden sofort in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die bewährte Zahnpaste Chlorodont, wirksam unterstützt d. Chlorodont-Mundwasser. Überall zu haben.

**Thalia-Theater**
Fernspr. Mpl. 4440, 2718
Dresdener Str. 72/73, Untergrundb. Inselbrücke (Ausg. Neue Roßstr.)
Täglich ½8
„Frasquita"
Operette von Franz Lehár
Albin von Rittersheim a. G.
Budap. Staatsop. Martha Serak a. G.
Vorverk. ab 10 Uhr ununterbr.

**Steppdecken**
preiswert, direkt Fabrik
Bernhard Strohmandel,
72 Wallst. 72 Fil. Spittelmarkt,
C. Seydelstr. u. Nikolsburg. Pl. 2
Alte Steppdeck. werd. aufgearb.

**Quittungs-Marken**
seit 40 Jahren Spezialität
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig

**Trauerspenden**
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz,
vormals Robert Meyer,
Mariannenstr. 3.
Tele.: Moritzpl. 10303

**Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin**
**Bekanntmachung**
§ 44 Abs. 1 in der Fassung der 14. Abdg. der Satzung lautet nach Genehmigung durch das Oberversicherungsamt wie folgt:
„Die Kassenbeiträge werden für alle Versicherten auf 6 Proz., für Lehrlinge ohne Entgelt auf 5 Proz. des im § 18 f festgesetzten Grundlohns bemessen. Die Beiträge werden für jeden Kalendertag berechnet."
Die Änderung ist am Montag, den 31. März 1924, in Kraft getreten.
Für alle gegen Entgelt Beschäftigten werden die Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst berechne.
Der Vorstand
Max Gutsche, Vors. Fritz Hemann, Schriftf.

Garantiert reine Terpentinölware
Konserviert das Leder, gibt allerb. Hochglanz
CWB Schutzmarke
**Bega**
BESTER SCHUHPUTZ
GARANTIERT REIN
Sparsamer Verbrauch, sehr preiswert
Ueberall zu haben;
evtl. erfrage man Bezugsquellen beim
**BEGA-VERTRIEB**
Berlin S 14, Alte Jakobstraße 93
Merkur 8191

THEHO
Für Vereine, Gesellschaften, Kantinen Wirtschaftsverbände
beste Bezugsquelle bei
**„Theho"**
Schokoladengroßhdlg. G. m. b. H.
Inh. Theodor Hoppe
Bln.-Schöneberg
Sponholzstr. 27
Telefon: Rheingau 7879
Konfitüren
Schokolade
Kakao

12 REEMTSMA CAVALLA
DIE REEMTSMA-CIGARETTE
**CAVALLA**
BRINGT DURCH EIN BESONDERES MISCHUNGSVERHÄLTNIS DIE GANZE RASSE REINER CAVALLA-TABAKE ZUR AUSWIRKUNG, VOR ALLEM DAS SÜSSE UND VOLLE AROMA, DAS DIESE EDLEN TABAKE AUS SICH HERAUS ENTWICKELN KÖNNEN.
REEMTSMA A.-G.
ALTONA-BAHRENFELD

**Läuferstoffe · Teppiche**
in Velour, Bouclé, Kokos — Diwan-Decken
**Linoleum** als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche in großer Auswahl
Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen
Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten
**G. Bargende, Charlottenburg**
Windscheidstr. 11 (Ecke Pestalozzistraße) Fernsprecher: Wilhelm 2730 | Wilmersdorfer Str. 79 (Nähe Kurfürstendamm) Fernsprecher: Steinplatz 4104

**Nerven-**schwäche, Schlaflosigkeit, nervöse Herz- und Magenbeschwerden usw. Pflanzenprodukt „Baldrament", ärztlich empfohlen, die natürlichste Medizin zur Nervenberuhigung und Stärkung. Große Erfolge seit 30 Jahr. M. 2.50 M. In Drogerien u. Apotheken, sonst bei Otto Reichel, Berlin 43, SO. Eisenbahnstr. 4

**Säcke** Nähgarn kauft Lothringer Str. 48 Norden 4661

Bis auf weiteres gebe ich meiner werten Kundschaft auf Zigaretten, Zigarren, Tabake bei Barzahlg. 2% Rabatt
Alle bekannten Marken wieder am Lager.
Zigarren von 3—30 Pf. pro Stück.
Tabake bedeutend billiger geworden.
**Arno Geßner**, Tabakwaren-Groß-Handlung.
Berlin NW, Werftstr. 21, am Kriminalgericht.

**Tuchfabrik-Niederlage H. Lamprecht**
Berlin-Treptow, Kiefholzstr. 17
liefert Stoffe für Damen und Herren zu Fabrikpreisen. Große Auswahl in den modernst. Farben f. Anzüge u. Paletots

**Wurmex**
vertreibt restlos alle schädlichen Eingeweidewürmer M. 1,75, Kinder M. 1,20. Sp. zilli gegen Maden- (After-) Würmer noch nötige Wurmex-Salbe M. 0,75. In Drogerien, sonst bei Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstr. 4

# A. Wertheim

Mittwoch bis Sonnabend
soweit Vorrat

# Extra-Preise

# Wirtschafts-Artikel

### Blechwaren

Brotkörbe fl. lack. 75 Pf. 85 Pf.
Brotkästen fl. lackiert, kantig 3.35
Springformen 60 Pf. bis 1.10
Reibeeisen ... 30 Pf. 40 Pf.
Siebe Universal, m. auswechselb. Boden 20 cm 80 Pf., 22 cm 95 Pf.
Kaffeesiebe 7 Pf. 8 Pf. 10 Pf.
Bouillonsiebe 16 cm lang 20 Pf.

### Eisenwaren

Kohlenplätten poliert Stck. 3.40
Wäschemangeln 36 M 39 M
Stehmangeln m. 3 Walzen 95 M
Fruchtpressen verzinnt 9.50 10.50
Tellerwagen mit lack. Zifferblatt 2.15 mit emaill. Zifferblatt 2.50
Fleischhackmasch. emailliert .......... 4 M 5.75

### Korb-Möbel

Weiden-Sessel mit Sitz und Rückenkissen 13.50 15 M
Weiden-Tisch ............ 13.50
Peddigrohr-Sessel .. 18.75 33 M
Sessel a. schilfartigem Geflecht, sehr dauerhaft und wetterfest ............ 19.75

### Aluminium

Kasserollen mit Stiel 14–20 cm Durchmesser 95 Pf. bis 1.50
Stielpfannen 20–24 cm 1.20 bis 1.50
Schmortöpfe mit Deckel, Satz 16–24 cm mittlst. 9.50
Schöpflöffel ....... 55 Pf.
Schaumlöffel ....... 55 Pf.
Stullenbüchsen ..... 90 Pf.

### Emaille

Wandschoner ....... 1.70
Stielkasserollen grau 16 cm 50 Pf.
Kasserollen mit Stiel 60 Pf. bis 90 Pf.
Bratpfannen m. Stiel 20 cm 65 Pf. 22 cm 90 Pf.
Kinderbecher dekoriert 35 Pf.

### Stahlwaren

Eßbestecks Aluminium Paar 55 Pf.
Eßlöffel Aluminium ...... 12 Pf.
Teelöffel Aluminium ...... 5 Pf.
Eßgabeln Aluminium .... 12 Pf.
Tafelmesser mit schwarz. Heft 40 Pf.
Küchenmesser Solinger Stahl .... 22 Pf. 18 Pf.

**Einkolekorb** Holländischer Schwinge 1.90 2.25

### Borstenwaren

Teppichhandfeger ... 1.15
Schrubber ......... 45 Pf.
Roßhaarhandfeger .. 1.50
Roßhaarbesen 2.45 poliert. Holz 3.15
Waschbürsten ...... 18 Pf.

### Holzwaren

Wandkaffeemühlen mit geschmiedetem Werk .... 5.60
Schoßkaffeemühlen mit geschmiedetem Werk .... 3.50
Waschbretter Größe 3 . 1.45
Fleischklopfer ..... 50 Pf.
Löffelgarnituren .... 1.60 Einzelne Löffel 12–28 Pf.
Rolldecken rund, 21 cm .. 75 Pf.
Nudelhölzer .. 45 Pf. 60 Pf.
Blumenkästen 40 bis 100 cm lang .. 75 Pf. bis 1.75

**Zink-Waschwannen** Länge 72–100 cm 13 M bis 20.50
**Zink-Zober** Durchmesser 51–63 cm .... 14.50 bis 24.10
**Emaill. Schmortöpfe** Durchmesser 16–24 cm 70 Pf. bis 1.35
**Wasserkessel** Durchmesser 20 and 22 cm 2.20 bis 2.95

In dieser Woche **Konfektions-Ausstellung**

---

## Theater, Lichtspiele usw.

**Staats-Theater**
Opernhaus 7½: Troubadour
Opernhaus am Königsplatz 7½ Uhr: Die verkaufte Braut
Schauspielhaus 7½ Uhr: Candida
Schiller-Theater 7½: Wilhelm Tel.

**Deutsch. Theater** 7 Uhr: Der Graf von Charolais
**Kammerspiele** 8 Uhr Vom andern Ufer
**Gr. Schauspielhaus** 7½ Uhr: **Boccaccio**
**Theater i. d. Königgrätzer Str.** 8 Uhr Wenn der neue Wein blüht
**Komödienhaus** 8 U. Zwei um eine
**Berliner Theater** 7.30 U. Das Weib im Purpur
**Theater am Nollendorfplatz** 7.30: Die Perlen d. Cleopatra

**SCALA** Täglich 8 Uhr Internat. VARIETÉ Schatten-Wunder und Ausland-Sensationen

**Volksbühne** 7 Uhr: Don Carlos
**Lessing-Th.** Allabendl. 7½: **Kolportage**
**Deut. Künstler-Th.** Heute u. folg. T. 7½: Wie es euch gefällt
**Th. im Admiralspalast** Allabendlich 7½ U.: Drunter u. drüber Die Weltsensation: D. Wund. d. Schatten
**Deutsch. Opernhaus** 7½ U. Der Mantel Hierauf: Cavalleria rusticana
**Große Volksoper** im Theat. d. Westens 7½ U.: Rodelinde
**Intimes Theater** 8: Crêpe Georgette usw.
**Metropol-Theater** 7½ Uhr: Karneval der Liebe von Walt. Bromme Lori Leux, Hella Kürty, Otto Storm, Franz Gluewitsch, Fritz Schulz, v. Schlettow
**Neues Theat. a. Zoo** 75. Aufführung 7½ Uhr: LILLY FLOHR in Meine Tochter Otto
**Thalia-Theater** 7½ U.: Prasquita Martha Serak Albin v. Rittersheim
Theater d. Kommandantenstr. 7½ U.: **Das Radiomädel** Kurt Vespermann Edith Karin
**Wallner-Theater** 7½: Mad. Pharao

**Große Volksoper** im Theater des Westens 7½ Uhr: **Rodelinde**

Täglich 8 Uhr: **Kammer-Oper** Lützowstr. 112
Regie: Dr. Georg Droescher — Mus. Leit.: Dr. Ludwig Wie.
**Täglich wechselnder Spielplan!**

**Neues Operetten-Th.**
Täglich 7½ Uhr
**Die vertagte Nacht** Guido Thielscher
Schwank i. 3 Akt. v. Franz Arnold u. Ernst Bach.
Else Bäck – Claire Sommer – Sibyl Smolowa
Camilla Spira — Tony Tetzlaff — Heinr. Marlow — Ira Peukert — Berthold Reißig.

**Central-Theater**
Direktion: Karl Heinz Wolff
Alte Jakobstr. 30–32 (nahe Spittelmarkt)
Täglich 8 Uhr
**Der dumme August**
Musik von Rud. Oßaler

**Kleines Theater** Tägl. 8 Uhr: **Die Gegenkandidaten** Komödie v. L. Fulda
**Trianon-Theater** Tägl. 8 Uhr **Die nackte Tänzerin** Lustsp. v. R. Lothar
**Residenz-Theat.** Tägl. 8 Uhr **Die junge Welt** Komöd. v. Wedekind
**Wintergarten** Varieté-Spielplan Rauchen gestattet

**Theater am Kottbuser Tor**
Kottbuserstraße 6
Täglich 7½ und Sonnt. nachm. 3 U.
**ELITE-SÄNGER** in neuer Besetzung mit

**ALEX STAMER**
dazu d. fabelhafte April-Programm

## Komische Oper

Direktion: James Klein
7 Uhr **Dienstag, 8. April 1924** 7 Uhr
**!! Uraufführung !!**
# Die tanzende Prinzessin
Operette in drei Akten von Richard Keßler
Gesangstexte von Willi Kollo
Musik von Walter Kollo
Inszenierung: Hermann Feiner
Tänze: Armin Seiters
Musikalische Leitung: Artur Guttmann
**Hauptdarsteller:**
Grete Freund Paul Heidemann Dora Hrach
E. Poremski Siegfr. Arno E. Behmer W. Chandon
Der Vorverkauf a. d. bekannten Stell. hat begonnen
Die Theaterkasse ist ununterbrochen geöffnet

## WIEN-BERLIN

Jägerstr. 63: Anfang 8 Uhr
**Das größte Programm!**
**10 Schlager**
Sonnabend, Sonntag 4 U.: **Nachmittags Vorstellung**
Die bekannte warme und kalte Küche.

## Metropol-Varieté

Behrenstr. 54
8 Uhr **Radrennen** (Hometrainer)
**um den großen Osterpreis**
Fliegerkampf, 10-km-Mannschaftsrennen nach 6-Tage-Art, Wertung-rennen usw.
Es starten: Lewanow, Hahn, Arend, Stellbrinck, Golle, Techmer, Schrage, Hoffmann, Kendelbacher, Steschun, Tetzlaff. Manager Rudi Mond.
Vorher das große **April-Programm**
u. a. Hans Jansen-Jackobs & Lo Castini, Hermann Funke jr., Geschw. Stehle, Teubers Marionetten, Dolf Dollini, Walter Pintus, 4 Gordonettis
Kleine Preise

**Friedr.-Wilhelmst. Th.** Untergr. Stettin. Bhf. Gastspiel Dir. H. Meinecke
Heute 8 U. Premiere **Der Rabbi von Nazareth**
Rob. Müller, Rosa Steuermann, G. John, Olly Bähnke, Dietr. v. Oppen, G. Meinecke
**Ueber 50 Mitwirkende**

**Theater Folies Caprice**
Dir. Ludw. Strobel
Freitag 8 Uhr
Premiere **Onkel Cohn**
Schwank von Hollfingen mit Max Samst

**Walhalla** Theater Weinbergsweg **15 Weltattraktionen**

**Reichshallen-Theater** Täglich 8 Uhr, Sonnt. nachm. 3 Uhr **Stettiner Sänger**

Komponisten im Olymp
**Dönhoff-Brettl** Anfang 8 Uhr Jeden 1. u. 16. neues Programm!

**• Apollo-Theater •**
Täglich 7½ Uhr
*Die Abenteuerin*
Stolzenberg, Hesterberg, Grete Sellin, Sabo, Hirsch (vom Staatstheater), Klatenmacher
Sonnt. nachm. 3 U.: Johannisfeuer

**Rose-Theater** 7½ Uhr: **Robert und Bertram**

**Casino-Theater** Lothringer Str. 37 Tägl. 8 Uhr
Trotz d. gr. Erfolges nur noch b. 1. April Die Mail vom Steinhof
Osterfest-Sonntag und ab 1. April Pummels Martha
Berl. Volksstück in 4 Aufzügen

## Aktiengesellschaft f. chemische Produkte vorm. H. Scheidemandel

**Bilanz-Konto per 30. September 1923.**

| Aktiva | M | Pf |
|---|---|---|
| Grundstücke in Berlin und auswärts, Fabrikanlagen, Laboratorien, Bureaueinrichtung und Patente | 1 | — |
| Wertpapiere und Beteiligungen | 1 | — |
| Schuldner: a) Banken | 18 958 432 476 659 | — |
| b) Tochtergesellschaften | 80 646 056 798 483 | — |
| c) Verschiedene | 4 983 632 918 472 | — |
| Barbestand | 388 160 309 000 | — |
| Waren- und Material-Vorräte | 13 112 088 | 96 |
| Avale ... M. 5 202 557 360 000.— | | |
| | 104 274 296 611 671 | 96 |

| Passiva | M | Pf |
|---|---|---|
| Aktienkapital | 75 000 000 | — |
| Reservefonds | 8 081 904 491 | — |
| Preisausgleichs-, Umstellungs-, Versicherungs- und Delkredere-Fonds | 3 310 304 | 62 |
| Anleihe-Zinsen-Rückstellungs-Konto | 325 | — |
| Hypotheken-Konto | 427 391 | 97 |
| Hypotheken-Aufwertungs-Konto | 420 000 000 000 | — |
| Unbehobene Dividenden | 3 822 100 | — |
| Gläubiger: a) Banken | 1 065 229 525 0 0 | — |
| b) Tochtergesellschaften | 7 843 191 500 211 | — |
| c) Verschiedenes u. Rückst. | 18 275 193 773 527 | — |
| Avale ... M. 5 202 557 360 000 — | | |
| Gewinn- und Verlust-Konto | 76 952 548 348 411 | 37 |
| | 104 274 296 611 671 | 96 |

Berlin, den 31. März 1924. **Der Vorstand.**

## C. A. F. Kahlbaum Aktiengesellschaft

**Bilanz per 31. August 1923**

| Vermögen | | Tausend M |
|---|---|---|
| Noch nicht eingezahlte 75% von nom. M. 30 000 000 Vorzugsaktien | | 22 500 |
| Grundstücke u. Gebäude mit maschin. Anlagen u. sonst. Inventar | | 21 004 |
| Warenvorräte und Betriebsmaterialien | | 1 087 958 625 |
| Beteiligungen und Wertpapiere | | 29 698 174 |
| Hypotheken-Forderungen | | 3 |
| Kasse und Wechsel | | 42 633 087 |
| Guthaben bei Banken, Behörden, Konzern- u. Tochtergesellschaft. | | 106 918 403 |
| Sonstige Schuldner | | 114 100 381 |
| | | [illegible] |

| Verpflichtungen und Rücklagen | | Tausend M |
|---|---|---|
| Aktienkapital: Stammaktien | | 80 000 |
| Vorzugsaktien | | 60 000 |
| Obligationen-Konto I | | 15 000 |
| " II | | 30 000 |
| " III | | 100 000 |
| Gesetzliche Rücklage | | 47 384 |
| Außerordentliche Rücklage | | 24 063 322 |
| Obligations-Agio-Konto | | 20 000 |
| Rücklage für Wohlfahrtseinrichtungen | | 664 |
| Jubiläums-Wohlfahrtsfonds | | 1 000 |
| Dividenden-Rückstände | | 3 07 |
| Hypotheken Schulden | | 61 |
| Verbindlichkeiten bei Banken, Konzern- und Tochtergesellschaften | 198 512 449 | |
| Sonstige Gläubiger | 572 8 1 984 | 771 394 433 |
| Reingewinn einschl. Gewinnvortrag | | 549 542 113 |
| | | 1 ... 247 186 |

Berlin, den 31. August 1924.
**C. A. F. Kahlbaum Aktiengesellschaft**
Ludwig Katzenellenbogen

## Ostwerke Aktiengesellschaft

**Bilanz per 31. August 19 3**

| Vermögen | | Tausend M |
|---|---|---|
| Noch nicht eingezahlte 75% von nom. M. 31 800 000 Vorzugsaktien | | 23 850 |
| Grundstücke und Gebäude, maschinelle Anlagen, Reservoire, Anschlußgleise, Kesselwagen, Fässer und sonstiges Inventar | | 110 774 |
| Warenvorräte und Betriebsmaterialien | | 43 2 5 606 |
| Beteiligungen und Wertpapiere | | 34 954 6 .. |
| Hypotheken-Forderungen | | 1 983 |
| Kasse, Wechsel, Guthaben bei Reichsbank und Postscheckamt | | 334 6 61. |
| Guthaben bei Banken, Konzern- und Tochtergesellschaften | | 385 49. 70. |
| Sonstige Schuldner | | 1 573 .20 04. |
| | | 2 88. . 0 .2. |

| Verpflichtungen und Rücklagen | | Tausend M |
|---|---|---|
| Aktienkapital: Stammaktien | | 100 000 |
| Vorzugsaktien | | 50 000 |
| Obligationen-Konto I | 7 | |
| " " II | 50 000 | |
| " " IV | 100 000 | 150 007 |
| Gesetzliche Rücklage | | 75 41. |
| Obligations-Agio-Konto | | 20 000 |
| Sonstige Rücklagen | | 46 687 |
| Victor-Zwikitz-Stiftung | | 1 00. |
| Dividenden- und Obligationszinsen-Rückstände | | 845. |
| Hypothekenschulden | | 497 |
| Verbindlichkeiten bei Banken, Konzern- und Tochter-Gesellschaften | 230 839 054 | |
| Sonstige Gläubiger | 1 887 958 06 | 2 118 797 260 |
| Reingewinn einschl. Gewinnvortrag | | 361 449 818 |
| | | 2 887 709 225 |

Charlottenburg, den 31. August 1923.
**Ostwerke Aktiengesellschaft**
Ludwig Katzenellenbogen

---

Bei ⅓ Anzahlung wird Gewähltes bis zum Fest reserviert

Für stärkste Figuren Passendes

Diese Preise gelten nur bis Sonnabend 6½ Uhr

**8 billige**
# Extra-Preise!!!
**Für Qualitäten!**

1. Covercoatmäntel 125–135 lang 27.50 19.50 — 2. Eleg. Sommermänt. m. Biesen 29.— 25.75
3. Wasserdichte Regenmäntel, Ia Qual. 89.— 29.— — 4. Prakt. Kostüme a. Donegal u. reinw. Stoffen 23.75
5. Herren- u. Damen-Gummimänt. 52.— 39.— — 6. Tuchmäntel, viele mod. Farb. 69.— 42.—
7. Streng mod. Kleider reiche Auswahl 67.— 47.— — 8. Gabardine-Kostüme (Schneiderarb.) 82.— 69.—

Osterpreise f. Phantasie-, Ripskostüme, Gesellschaftskleider, Moirémäntel, Strickjacken u. Westen

**Oster-Angebote!!!**

1. Seal-Electriemäntel in Kürschnerarbeit 498 — 2. Pelzjacken viele Ausführungen . 287 122
3. Seal-Plüschmäntel ...... 185 152 — 4. Plüschmäntel glatt und gepreßt . 182 99
5. Biber-Plüschmäntel Ia Futter .. 110 99 — 6. Krimmer- u. Astrachanmäntel 46 89

**Extra-Abteilung Trauermagazin!!**
Große Auswahl in Trauerkostümen, Mänteln, Kleidern, Röcken, Strickjacken, Jumpern, Hüten, Schleiern und Floren in allen Preislagen

# Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a — 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

# Die Urteilsbegründung im Hitler-Prozeß.

In der Begründung des Urteils gegen Hitler und Genossen heißt es weiter, daß als Zeitpunkt zum Handeln der 8. November in Aussicht genommen worden sei. Sie streift dann die Verhandlungen Hitlers mit Weber und Kriebel sowie mit Pöhner und dessen Vorbereitungen für die Versammlung im Bürgerbräu. Von den Vorgängen im Bürgerbräu selbst wird erklärt, daß sie sich im allgemeinen so abgespielt hätten, wie es die Anklageschrift geschildert habe. Jedenfalls habe Hitler — und das sei nicht unwichtig — zunächst nicht gesagt, daß die bayerische und die Reichsregierung abgesetzt und eine nationale Regierung gebildet sei. Hervorzuheben sei, daß die bei der Zeugenvernehmung hervorgetretene Verschiedenheit des Eindrucks, den die Anwesenden von der Ernsthaftigkeit oder Nichternsthaftigkeit der von Kahr, Lossow und Seisser abgegebenen Erklärungen bekommen haben, für die Urteilsbegründung bedeutungslos sei. Die Urteilsbegründung beschäftigt sich dann weiter mit den Vorgängen am Abend des 8. November und führt schließlich folgendes aus:

„In tatsächlicher Hinsicht hält das Gericht von den Vorgängen, in denen die Anklage den Tatbestand des Hochverrats ablegt, folgendes für erwiesen:

**Hitler, Kriebel und Weber sind die Urheber des Planes.**

Pöhner war mit dem Plan und mit der ihm zugedachten Rolle einverstanden. Es sind deshalb Hitler, Kriebel, Weber und Pöhner, vorausgesetzt, daß eine strafbare Handlung überhaupt vorliegt, als Mittäter im Sinne des § 47 StGB. anzusehen, wenn natürlich auch infolge der Verschiedenheit der einzelnen Aufgaben nicht jeder jede einzelne Maßnahme des anderen bekannt und gebilligt haben wird. Das Ziel des Unternehmens war die Beseitigung der nach Ansicht der Angeklagten völlig im Banne des Marxismus stehenden Reichsregierung einschließlich des Parlaments, ebenfalls in seiner jetzigen Zusammensetzung. Das Ziel war die Gründung einer nationalen Regierung, die die völkischen Belange, sowie sie von den Angeklagten verstanden werden, vertreten sollte. Die Beseitigung der bayerischen Regierung war nur Mittel zum Zweck. Als Instrument zur Durchsetzung der neuen Reichsregierung gegen die bisherige Regierung und den hinter dieser stehenden, nach Meinung der Angeklagten nicht völkisch eingestellten Volksteil, der nach Hitler keinerlei Mitbestimmungsrecht an den deutschen Geschicken hat, sollte die Nationalarmee dienen, deren Gründung befohlen und in ihren Anfängen noch in der Nacht vom 8. zum 9. November in die Wege geleitet wurde. Zur Verwirklichung des Zieles haben Hitler, Kriebel, Weber und Pöhner die übrigen Mitangeklagten herangezogen und ihnen ihre Aufgabe zugewiesen.

**Mit ihrem Einverständnis hat Hitler die Reichsregierung und die bayerische Regierung abgesetzt und sofort die neue Regierung geschaffen.**

Nach einem kurzen Eingehen auf die sonstigen Maßnahmen Hitlers und der übrigen am 8. und 9. November beschäftigten sich die Urteilsgründe mit den übrigen Angeklagten, die nur wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt worden sind.

Bei den Angeklagten Röhm, Brückner, Wagner, Pernet und Frick wird es für nicht erwiesen gehalten, daß sie in die von Hitler, Kriebel, Weber und Pöhner in der Zeit vom 6. bis 8. November gefaßten Entschlüsse eingeweiht waren. Wenigstens Brückner, Röhm und Frick kannten aber die Einstellung und das Ziel des Kampfbundes im allgemeinen. Alle drei waren am Abend des 8. November

**von den Ereignissen im Bürgerbräu genau unterrichtet**

worden. Sie waren sich auch darin klar, daß die gewaltsame Lösung der deutschen Frage nunmehr vom Bürgerbräu aus in Gang gebracht worden war.

Bei Frick sei der Beweis für die Behauptung der Anklage, daß er schon seit längerer Zeit mit seinem Wissen für die Stelle des Polizeipräsidenten in Aussicht genommen war, nicht geführt. Aber er ist am Abend des 8. November im Bürgerbräu-Keller zweimal „Polizeipräsident" genannt worden, und es erfolgte seine Verständigung davon in Vollzug der Anordnungen Kriebels. Es ist mehr wie auffällig, daß diese Meldung Frick in seinem Amtszimmer traf. Auch der Versuch Fricks, seine Anwesenheit im Amtszimmer mit einem Zufall zu erklären, ist wenig plausibel. Die bei Kriebel aufgefundenen Notizen deuten weiter darauf hin, daß Frick von dem Geschehenen in Kenntnis gesetzt worden war. Das alles gab das Recht, schwere Zweifel in das Nichtwissen Fricks zu setzen, es reicht aber nicht aus zur Feststellung, daß er schon vor 8.30 Uhr abends von den kommenden Ereignissen unterrichtet war. Es bleiben also bei ihm nur die positiven zur Unterstützung des Unternehmens getroffenen Maßnahmen.

Von Pernet muß wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ebenfalls angenommen werden, daß ihm die Einstellung und das Ziel des Kampfbundes nicht unbekannt war. Er hat sich selbst an den Vorgängen im Bürgerbräu in der Weise beteiligt, daß er bei der Kontrolle der im Saal anwesenden Personen mitwirkte und die beschlagnahmten 1460 Billionen als Löhnung unter dem Kampfbund verteilte. Mit Recht erblickt die Anklage auch hierin eine das Unternehmen unterstützende Tätigkeit.

Bei der rechtlichen Würdigung ergibt sich folgendes: Der Zweck des Unternehmens war die Beseitigung der bisherigen obersten Reichs- und bayerischen Landesbehörden sowie die Einsetzung eines Landesverwesers in Bayern und einer nationalen Regierung im Reich. Das bedarf keiner weiteren Darlegung. Es ist von Hitler im Bürgerbräu mit aller Deutlichkeit öffentlich verkündet worden. **Das Unternehmen bedeutet nicht eine sogenannte Usurpation, d. h. eine Ersetzung des bisherigen Ministers bzw. der mit ministeriellen Befugnissen ausgestatteten Personen durch andere Personen mit gleicher Machtbefugnis, sondern es war eine Verfassungsänderung, denn die neuen Personen sollten nicht wie die abgesetzten dem Reichstag bzw. dem bayerischen Landtag verantwortlich sein, sondern diktatorische Gewalt besitzen.** Ein Regiment, das Deutschland 5 Jahre widerrechtlich zu Tode regiert und die Veräußerung deutschen Hoheitsgebiets gebilligt hatte, sollte zerbrochen werden. An Stelle des internationalistisch, marxistisch, pazifistisch, demokratisch eingestellten Regiments sollte eine völkisch-nationale Regierung bereitgestellt, sollte die ungeheuerste Umwälzung in Deutschland, überhaupt seit der Gründung des neuen Brandenburgischen Staates werden. Diese Umwälzungen sollten diese ganzen Vorgänge hervorrufen. Das sind Hitlers eigene Worte. Insofern unterscheidet sich das Unternehmen der Angeklagten grundlegend von dem, was angeblich Kahr, Lossow und Seisser wollten, nämlich die Einsetzung einer Reichsdiktatur, auf der verfassungsmäßigen Grundlage des Art. 48 der Reichsverfassung.

**Auch die Umbildung der bayerischen Verhältnisse sollte in verfassungswidriger Weise vor sich gehen.**

Insbesondere war die Ausrufung Kahrs zum Landesverweser Bayerns nicht eine bloße Titeländerung, denn als Generalstaatskommissar war Herr v. Kahr dem Landtag ebenso verantwortlich wie die Minister, die ihn ernannt hatten.

**Daß Herr v. Kahr wirklich oder zum Schein eine noch viel weitergreifende Verfassungsänderung vornahm, nämlich sich zum Statthalter der Monarchie machte, also an Stelle der Republik ein Königreich setzen wollte, rechnet das Gericht den Angeklagten nicht zu, weil das nicht in der Richtung ihrer Besprechungen lag.**

Wenn demgegenüber die Angeklagten behaupten, an eine Aenderung der Weimarer Verfassung habe in der Nacht vom 8. zum 9. November niemand gedacht, was werden sollte, sei vielmehr Gegenstand späterer Sorge gewesen — so verkennen die Angeklagten den Begriff „Verfassungsänderung" und verwechseln ihn mit „Verfassungsbeseitigung". Objektiv ist der Tatbestand des § 81 Reichsstrafgesetzbuch schon erfüllt durch jeden gewaltsamen Angriff auf den Träger der Staatsgewalt, der ihm durch seine dazu berufenen Organe das Recht der freien Regierungsbetätigung entzieht. Weiter halten die Verteidiger der Anklage entgegen, in Bayern habe es am 8. und 9. November de jure überhaupt keine Verfassung gegeben, sondern nur de facto. Die praktisch in Geltung befindliche Verfassung sei aber in Kahr verkörpert gewesen, und die Angeklagten seien ja nicht gegen, sondern mit Kahr gegangen, hätten jedenfalls geglaubt, mit Kahr zu gehen. Was sie getan, sei also kein Verfassungsbruch und keine Verfassungsänderung, sondern ein legaler Akt.

Auf theoretische Erörterungen kann sich das Gericht nicht einlassen.

**So wie die Befugnis zur Ausübung der Staatsgewalt nicht durch ihren rechtmäßigen Erwerb, sondern nur durch den tatsächlichen Besitz derselben bedingt ist, so schützt § 81 RStGB. die tatsächlich in Geltung befindliche Verfassung.**

Die Frage, ob die Reichsverfassung für Bayern auf gesetzmäßigem Wege zustande gekommen ist, ist deshalb belanglos, denn daß sie in Bayern alle die Jahre seit ihrer Entstehung in Geltung war, kann ernsthaft nicht bestritten werden. Im übrigen kann auch ihr Rechtsbestand und ihre Rechtsgeltung in Bayern mit Erfolg nicht angefochten werden

**Die Reichsverfassung ist nicht das Werk der Revolutionäre von 1918, wie die Angeklagten meinen, sondern das Resultat einer Volksabstimmung, wie sie von Hitler verlangt wird. Denn die verfassunggebende Nationalversammlung war in Bayern und im Reich von der Gesamtbevölkerung, der in den Verordnungen vom 12. November 1918 das weitestgehende Wahlrecht eingeräumt worden war, gewählt worden.**

Gleich unhaltbar ist die Meinung der Verteidigung, das bayerische Ministerium oder der Generalstaatskommissar hätten die Reichsverfassung samt der bayerischen Verfassung am 26. September 1923 oder in der Zeit von da bis zum 8. und 9. November 1923 außer Wirksamkeit gesetzt. Staatsrechtlich gründet sich die Errichtung des Generalstaatskommissariats auf das schon erwähnte Staatsnotrecht, von dem oben schon gesagt ist, daß es der Staatsgewalt gestattet ist, in gewissen Zeitpunkten gegen die bestehenden Gesetze und die Verfassung zu regieren, was das Staatsnotrecht in Artikel 48 der Reichsverfassung und § 64 der bayerischen Verfassung ausdrücklich anerkennt. Es gab unter den an diese Bestimmungen festgelegten Voraussetzungen dem Generalstaatskommissar die Befugnis, in den von ihm erlassenen Verordnungen Gesetze, sogar Grundrechte vorübergehend außer Kraft zu setzen. Ob die Voraussetzungen zur Anwendung des Notrechts gegeben waren, und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, hat die Staatsgewalt nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Es ist ein grundlegender Irrtum, wenn die Verteidigung meint, durch die Verhängung des Reichsausnahmezustandes sei der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben und damit seien alle Maßnahmen des Generalstaatskommissars rechtswidrig oder gar verfassungswidrig geworden.

**Artikel 48 der Reichsverfassung gibt sowohl dem Reichspräsidenten wie den Landesregierungen die Befugnis, Notmaßnahmen zu treffen. Machen beide Organe hiervon Gebrauch, so übt auch die Landesregierung, ebenso wie der Reichspräsident, Reichsgewalt aus und schafft nicht Landes-, sondern Reichsrecht, weshalb der Grundsatz des Artikels 13 der Reichsverfassung: „Reichsrecht bricht Landesrecht" zur Anwendung kommt. Es bestehen in solchen Fällen Ausnahmezustände nebeneinander, natürlich nur soweit sie sich nicht widersprechen.**

Tatsächlich unrichtig ist, daß vor dem 8. November die volle Staatsgewalt in Bayern auf Kahr übergegangen war. Es amtierten sämtliche Ministerien weiter. Es bestand nach wie vor die Reichsgewalt. Ob Kahr die Ministerien hätte absetzen, den Landtag am Zusammentritt verhindern und sich der Reichsgewalt hätte entziehen können, ist eine müßige Frage. Auf alle Fälle hatte Kahr das, was er angeblich gekonnt hätte, nicht tun dürfen, denn es wäre Verfassungsbruch gewesen. Es ist weiter unzutreffend, daß Kahr alle oder nahezu alle in der Reichsverfassung dem Reich vorbehaltenen Rechte an sich gebracht hätte. Die wenigen Maßnahmen, die er ergriff, bewegten sich, wie anzunehmen ist, nach seiner Meinung innerhalb der Grenzen des Staatsnotrechtes und werden durch dieses gedeckt.

**Aber selbst wenn Kahr in dem einen oder anderen Fall bewußt die ihm gezogenen Grenzen überschritten hätte, so handelte es sich um einzelne Verfassungswidrigkeiten, nicht um Beseitigung der Verfassung.**

Aus diesen Ausführungen folgt unmittelbar die Unrichtigkeit der weiteren Ausführungen der Verteidigung, daß das Unternehmen der Angeklagten ein legaler Akt gewesen sei, weil es von Herrn von Kahr ausgegangen wäre. Verfassungsänderungen sind nur legale Akte, wenn sie auf verfassungsmäßigem Wege, also durch Gesetz oder allenfalls durch Volksentscheid, beschlossen werden.

**In der Rechtsordnung, die die Reichsgewalt über die Staatsgewalt der einzelnen Länder gestellt hat, und die die Reichsexekution gegen Ungehorsam der Einzelstaaten vorsieht, stimmt die Bismarcksche Verfassung mit der Weimarer Verfassung überein.**

Die Frage, ob Kahr, Lossow und Seisser tatsächlich mit den Angeklagten gegangen sind, oder ob sie das den Angeklagten gegebene Wort gebrochen haben, kann vom Gericht, so wünschenswert ihre Klärung für das öffentliche Leben auch wäre, nicht erörtert werden, weil sie für die Entscheidung bedeutungslos ist und

**weil im Laufe des Prozesses die Angeklagten gegen Kahr, Lossow und Seisser Anzeige wegen Hochverrats erstattet haben, die Frage also von der Staatsanwaltschaft und den zuständigen Instanzen zu entscheiden ist, deren Entschließungen nicht vorgegriffen werden darf.**

Es ist aber darauf hinzuweisen, daß die Angeklagten nicht berechtigt sind, zu sagen, sie seien mit Kahr gegangen, sondern bestenfalls umgekehrt, denn es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Angeklagten am 8. November die Initiative ergriffen haben, nicht Kahr, Lossow und Seisser.

Zur Frage, ob das Unternehmen auf eine gewaltsame Verfassungsänderung abzielte, erklärt die Urteilsbegründung, daß Gewaltanwendung zweifellos beabsichtigt war, nach den Erklärungen Hitlers im Bürgerbräu und nach den Bekundungen Pöhners in der Hauptverhandlung.

**Es lag ja auch auf der Hand, daß die bisherige Regierung, die einen großen Volksteil hinter sich hatte, sich nicht kampflos ergeben werde. Die angebliche Hoffnung einzelner Angeklagten, daß der Vormarsch kampflos vor sich gehen werde, weil das ganze Volk ihnen zulaufe, war grundlos.**

Daß die Angeklagten Widerstand erwarteten und denselben zu brechen entschlossen waren, ergibt sich außer den Aeußerungen Hitlers aus den schriftlichen Erklärungen Webers und den Bekundungen Kriebels.

Es bleibt dann noch die Untersuchung der Frage, ob durch die von den Angeklagten vorgenommenen Handlungen das Unternehmen unmittelbar zur Ausführung gebracht werden sollte. Durch die Verhaftung der Hälfte der bayerischen Minister war ein bedeutsamer Schritt zur Vollendung geschehen. Die Behauptung, der Staatsstreich sei geglückt gewesen, ist falsch. Richtig ist aber weiter, daß der Staatsstreich aus dem Bereich der Vorbereitungshandlungen bereits herausgestrebt und zum Versuch gediehen war, dessen Vollendung weniger vom Willen der Angeklagten, als von dem von der Gegenseite geleisteten Widerstand abhing.

**Der Stein war ins Rollen gebracht. Ein Zurück gab es nicht mehr.**

Objektiv ist also der Tatbestand der §§ 81 Ziff. 2 und 88 StGB. gegeben. Was den Einwand der Angeklagten, es habe sich um einen legalen Akt gehandelt, in subjektiver Hinsicht anlangt, gesteht das Gericht den Angeklagten zu, daß sie bis kurz vor den 8. November glaubten, auch Kahr, Lossow und Seisser beabsichtigten einen Marsch nach Berlin. Objektiv ist das alles bedeutungslos. Für den subjektiven Tatbestand ist der Mangel des Bewußtseins der Angeklagten von der Rechtswidrigkeit ihres Tuns überhaupt ohne Belang. Bei ihrem Bildungsgrad können die Angeklagten unmöglich angenommen haben, daß **Kahr in Bayern absoluter Herrscher war im Sinne Ludwigs XIV.:** Der Staat bin ich, also können sie auch nicht geglaubt haben, alles, was sie mit Kahr tun, sei legal. Dazu kommt ja auch, daß nach ihrer Meinung der Machtbereich Kahrs sich unmöglich über die Grenzen Bayerns hinaus erstrecken konnte.

**Aus allen diesen Gründen sind Hitler, Weber, Kriebel und Pöhner als Mittäter, Brückner, Frick, Röhm und Pernet als Gehilfen gemäß den §§ 81, 82, 47 und 49 StGB. zu bestrafen.**

Auch die Berufung auf Notwehr ist verfehlt. Angreifer müßte danach die Reichsregierung, Angegriffener der Staat oder das deutsche Volk gewesen sein. Alles, was die Angeklagten an Regierungsmaßnahmen vorgebracht haben, wie die Ruhrpolitik, die Aufgabe Oberschlesiens, ihre unglückliche Hand in der Währungsfrage, gehörte, soweit darin positive Handlungen zu erblicken sind, am 8. November bereits der Vergangenheit an und gegen etwas Vergangenes gibt es keine Notwehr. Es mag sein, daß einer rechtswidrigen Unterlassung gegenüber die Möglichkeit der Notwehr gegeben sein kann. Von rechtswidriger Unterlassung kann man aber nur sprechen, wenn eine Rechtsnorm ein bestimmtes Handeln vorschreibt. Wie die Regierungsgeschäfte zu führen sind, ist aber lediglich Sache der politischen oder staatsmännischen Einsicht und nicht Gegenstand von Rechtsvorschriften. Von einem von der Reichsregierung ausgehenden rechtswidrigen Angriff gegen irgendwen ist also keine Rede. Geschehen ist aber etwas ganz anderes. **Die Angeklagten haben die Regierung abgesetzt, also am Handeln überhaupt verhindern wollen. Auch von dem Gesichtspunkt des Notstandes aus läßt sich das Unternehmen der Angeklagten nicht rechtfertigen.**

Der Angeklagte Wagner ist gleichfalls des Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat schuldig. **Ein militärischer Befehl zum Handeln hätte ihn nicht straflos gemacht,** denn politische Umstürze gehören nicht zu den Dienstsachen im Sinne des § 47 MStGB. Ein militärischer Befehl eines Vorgesetzten kam also für ihn gar nicht in Betracht. **Die Infanterieschule unterstand nicht Lossow, sondern dem General Tieschowitz und dem Reichswehrministerium. Von Ludendorff und Roßbach hatte Wagner selbstverständlich keine Dienstbefehle entgegenzunehmen.**

(Schluß siehe dritte Seite Hauptblatt.)

**Rajanol-Zahnpasta**

Feinste Pfefferminz-Zahnpasta
Hervorragendes Reinigungsmittel
erfrischt und desinfiziert die Mundhöhle
Zu haben in einschlägigen Geschäften

Rajanol G.m.b.H., Bln.-Oberschöneweide, Frischenstraße 35
Telephon: Oberschöneweide 555 u. 744

Die Daseinsberechtigung
dieser Zigarette, der Beweis
für ihre Güte kommt erfreulich in der ständig wachsenden Zahl
ihrer Anhänger zum Ausdruck
Kleine Massaty 2.3

# Wirtschafts-Artikel

**Peddigrohr-Sessel** gute Ausführung 9.75

**Tisch** Plattengröße ca. 60 cm, mit breiter ausgeflochtener Kante in Weide 8.50

| Wirtschafts-Artikel | |
|---|---|
| Springformen ca. 26 cm | 0.95 |
| Universalsieb m. 4 Einl. ca. 22 cm. | 0.95 |
| Fruchtpressen verzinnt | 0.95 |
| Königskuchenform | 0.45 |
| Kuchenblech .. 1.45 | 1.65 |
| Konsole Sand, Seife, Soda | 1.10 |
| Wandschoner lackiert | 1.20 |
| Kaffee- o. Zuckerbüchse | 0.55 |
| Gewürzdosen Satz 6 St. | 0.95 |
| Müllschaufel lackiert .. | 0.48 |
| Brotkasten fein lackiert | 3.45 |
| Putz- od. Wichskasten | 0.95 |
| Nudelrollen | 0.95 |
| Schrubber | 0.38 |
| Scheuerbürste | 0.25 |
| Eimer verzinkt | 1.25 |
| Waschständer | 1.95 |
| Waschtische | 6.95 |

| Emaille | |
|---|---|
| Eimer ca. 28 cm | 1.25 |
| Mülleimer mit Deckel und Schrift .. | 3.95 |
| Toiletteneimer weiß, gestanzt mit Ventildeckel und Rohrbügel | 4.95 |
| Waschbecken mit Seifnapf | 1.25 |
| Waschbecken dekoriert Porzellanform, ca. 40 cm .. | 3.95 |
| Kaffeekannen ca. 3 Ltr. Inhalt .. | 0.95 |
| Kaffeeflaschen m. Patentverschluß 0.95 | 1.25 |
| Schaum- o. Schöpflöffel | 0.20 |
| Schmortopf ca. 26 cm .. | 0.95 |
| Maschinentopf gestanzt, ca. 16 cm | 0.48 |
| Durchschlag gestanzt, ca. 20 cm | 0.75 |
| Schüssel flach .. 0.42 | 0.55 |
| Wannen oval, ca. 45 cm 4.25 ca. 50 cm | 4.95 |
| Nachtgeschirr weiß ... | 0.95 |
| Brotkasten | 6.95 |

| Steingut | |
|---|---|
| Speiseteller tief od. flach | 0.12 |
| Abendbrotteller | 0.10 |
| Bratenplatten weiß od. bunt | 0.45 |
| Milchtöpfe mit Schrift 0.60 | 0.75 |
| Tee- od. Kakaobüchse mit Deckel und Aufschrift | 0.25 |
| Kaffee- o. Zuckerbüchse mit Deckel und Aufschrift | 0.50 |
| Salz- od. Mehlmesten dekoriert | 0.45 |
| Waschkrüge creme oder bunt | 1.65 |
| Waschbecken creme od. bunt | 1.75 |
| Nachtgeschirre creme od. bunt | 0.75 |
| Waschgarnitur verschiedene Dekore, 5teilig | 8.75 |
| Küchengarnitur 22teilig, dekoriert | 8.75 |

| Aluminium | |
|---|---|
| Ziertöpfe .. Satz 6 Stück | 2.95 |
| Kasserollen Satz 4 Stück | 3.95 |
| Konsole für Sand, Seife, Soda | 2.95 |
| Schmortopf mit Deckel Satz 5 Stück | 10.50 |

| Glas | |
|---|---|
| Wasserbecher | 0.10 |
| Bierbecher optisch | 0.15 |
| Likörgläser gepreßt | 0.15 |
| Weingläser sortiert | 0.35 |
| Citronenpressen gepr. | 0.18 |
| Kompottschüssel rund oder viereckig 0.20 | 0.30 |
| Kompotteller gepreßt .. | 0.12 |
| Zuckerschalen auf Fuß, gepreßt ... 0.25 | 0.42 |
| Kuchenteller gepr. St. 0.85 | 1.15 |
| Käseglocken gepreßt .. | 0.85 |
| Butterdosen gepreßt .. | 0.35 |
| Sturzflaschen abgeschliffen | 0.95 |
| Aschenschale gepreßt | 0.35 |

| Porzellan | |
|---|---|
| Tassen mit Untertassen mit kleinen Fehlern Paar | 0.15 |
| Kaffeebecher mit klein. Fehlern .. | 0.20 |
| Kaffeetassen mit Untertassen, Goldrand | 0.45 |
| Obertassen m. Goldrand | 0.30 |
| Kuchenteller mit Streublumen .. | 0.45 |
| Abendbrotteller mit Gold- oder Blaurand .. | 0.60 |
| Chokoladenkanne dekoriert | 0.95 |
| Milchtöpfe m. Rosenkante Satz, 6 Stück | 1.95 |
| Milchtöpfe .... 0.20 | 0.25 |
| Kaffeeservice mit Blumendekor, 9teilig | 4.95 |

| | |
|---|---|
| Weiden-Sessel Vollwulst, mit durchgeflocht. Streifen | 9.50 |
| Weiden-Wulstsessel Vollweide, japanbraun, mit Sitz- und Rückenpolster .. | 7.95 |
| Holz-Klappmöbel prima Ausführung, fein lackiert | |
| Stuhl ..... 4.75 Sessel ... | 5.75 |
| Bank . 9.75 Tisch, Plattengröße 55×80 | 7.90 |

# Jandorf

Belle-Alliance-Str. ◆ Gr. Frankfurter Str. ◆ Brunnenstr. ◆ Kottbuser Damm ◆ Wilmersdorfer Str.

---

Verlangen Sie stets

## Spratt's

**Hundekuchen · Geflügelfutter**

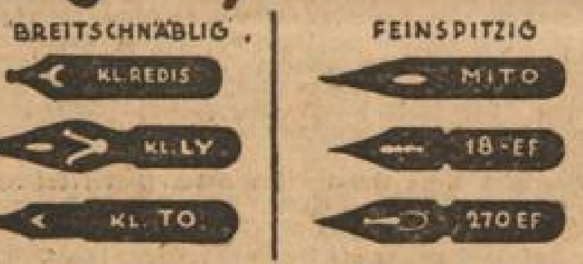
Niederlagen durch Schilder kenntlich - sonst durch

**Spratt's A-G**, Berlin-Rummelsburg A 2

---

## Schulfedern

PREISE BEDEUTEND ERMÄSSIGT




**HEINTZE & BLANCKERTZ · BERLIN**

---

Drum prüfe, wer sich ewig bindet ......

## Trauringe

1 Ring Dukatengold von 9,00 Goldmk. an
1 Ring 585 gestemp. von 6.00 Goldmk. an
1 Ring 333 gestemp. von 2.90 Goldmk. an
ges. gesch. Einfache Ringe 1,80 Goldmark

**Hermann Wiese, Juwelier, Berlin N, Artilleriestr. 30**
5 Minuten vom Bhf. Friedrichstraße, Untergrundbhf. Oranienbg. Tor
**Berlin W, Passauer Str. 12,** Untergrundbahnhof Wittenbergplatz
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt
Telegr.-Adr.: **Trauringkanone Berlin — Versand nach auswärts**
Fahrgeldvergütung ◆ Preisliste gratis

---

## Teilzahlung

bei kleinster Anzahlung

## Möbel · Teppiche

in gediegener Qualität
**Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer**
Küchen
Klubgarnituren
Einzelmöbel

Brücken, Läufer, Linoleum-Läufer und -Teppiche
**Gardinen**
Halbstores
Bettdecken
Diwandecken
Steppdecken
**Fertige Betten**

*Meine Preise sind so billig und die Anzahlung so klein, dass jeder kaufen kann*

# BEISER

**Lothringer Strasse 67**

---

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

### Eisen-, Revolverdreher, Rundschleifer und Dreherinnen!

**Donnerstag,** den **3. April, abends 7 Uhr,** im **Verbandshause** (Sitzungssaal), Linienstraße 83/85:

### Außerordentliche Konferenz

**aller Vertrauensleute und Betriebsräte unserer Branche.**

Tagesordnung: Unsere Lohnverhältnisse.

Jeder Betrieb muß vertreten sein.

☛ Die Kommission trifft sich um 6 Uhr im gleichen Lokal.

### Metallschleifer u. Galvaniseure!

**Donnerstag,** den **3. April, nachmittags 5 Uhr,** im Lokal **„Reichenberger Hof"**, Reichenberger Straße 147:

### ☛ Versammlung ☚

**aller Kolleginnen und Kollegen, die in den Betrieben des Verbandes der Metallschleifereien und Galvanisieranstalten beschäftigt sind.**

Tagesordnung: 1. Bericht von den Lohnverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Donnerstag,** den **3. April, nachmittags 5½ Uhr,** im Lokal von **Reinke,** Grünauer Straße 17:

### ☛ Außerordentliche ☚ Vertrauensmänner-Konferenz der Metalldreher.

Jeder Betrieb muß vertreten sein.

☛ Die Kommissionsmitglieder treffen sich eine halbe Stunde früher.

### Achtung! Rohrleger und Helfer

**Donnerstag,** den **3. April, abends 6 Uhr,** im **Verbandshause** (Jugendheim), Linienstraße 83/85:

### Vertrauensmänner-Konferenz

☛ Die Kommissionsmitglieder treffen sich eine Stunde früher.

**Die Bezirksvertrauensmännerkonferenz** für den **21. Bezirk findet nicht am Mittwoch, den 2., sondern am Mittwoch, den 9. April, nachmittags 4½ Uhr, in der Gemeindeschule, Niederschöneweide, Berliner Straße, statt.**

164/17 **Die Ortsverwaltung.**

## Verkäufe

**Federhandwagen,** Leiterwagen, Rollkarren. Einzelteile. Fabrik. Dresdenerstraße 55.

**Nähmaschinen** extra billige Preise. Fabrik neuer Maschinen erstklassiger Fabrikate. Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit voller Garantie. Eigene Reparaturwerkstatt. Fischer, Potsdamerstraße 108.

**Naumann-Nähmaschinen** für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme. Emil Holbarth, G. m. b. H., Friedrichstraße 55a. Merkur 6368.

**Teppichverkauf,** Brücken, Diwandecken, äußerst billiger. Stein, Anklamerstr. 39.

**Wohnlaube,** massiv, Stube, Küche und Stallung verkauft Werschau, Neukölln, Donaustraße 131. 51/4

### Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

**Leihhaus Prinzenstraße 105,** nahe Hochbahn Prinzenstraße. In feinsten Werkstätten maßmäßig hergestellte Anzüge von 25 Mark an. Taillenmäntel 45 an, Cutaways 35 an, Füchse aller Art 12 an. Gelegenheitskäufe in Sportpelzen, Gehpelzen. Besichtigung lohnend. Keine Lombardware.

**Gehpelze, Sportpelze,** prima Ausführung jetzt 75, elegante Pelzmäntel 150, Pelzjacken 60, Silberwölfe, Maulwurfschals Preise jetzt bedeutend ermäßigt. Goldmann, Kottbuser Tor, Eingang Dresdenerstraße 136.

**Leihhaus Friedrichstraße 2** (Hallesches Tor) verkauft spottbillig erstklassige Herrenanzüge, Ulster, Taillenmäntel. Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Pelzmäntel, Pelzjacken, Schals, Füchse aller Art. Keine Lombardware.

**Leihhaus Brunnenstraße 5,** Rosenthaler Tor, bekannt durch erstklassige Waren in prima Selbstverarbeitung. Anzüge 36, Ulster 28, Taillenmäntel 36, Cutaways 35 Mark. Kreuzfüchse aller Art, Sportpelze, Gehpelze, Pelzmäntel, Pelzjacken auffallend billig. Keine Lombardware.

**Monatsanzüge,** getragene, neue Gummimäntel, Taillenpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge verkauft gegen Auszahlung spottbillig Alexanderstraße 26a, hochparterre. Gesellschaftsanzüge leihweise.

**Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7,** verkauft erstklassige Anzüge und Ulster von 23.—, Füchse aller Art 12.—, Pelzjacken 50.—, Pelzmäntel 130.—, Sportpelze 60.—, Gehpelze 150.— an. Elegante Maßanfertigung. Garantie tadelloser Sitz. Keine Lombardware.

**Pelzwaren-Teilzahlung** liefert Pelzwarenfabrik Kallis, Tile-Wardenbergstraße 11 I, Nahe Bahnhof Tiergarten, 9—7 geöffnet.

**Verleih von Gesellschafts-Anzügen** Brunnenstraße 4.

**Weininger u. Co.,** Großdetail-Gardinen-Spezialhaus, Große Frankfurterstraße 104, erste Etage, am Strausbergerplatz. Billiges Osterangebot: Künstler-Gardinen 4.95, 6.75, 8.50. Madrasgarnituren 9.50, 12.—, 14.65. Halbstores 3.75, 4.95, 6.50. Gardinenstoffe, prima Qualität, Meter 0.65, 0.80, 1.25. Bettdecken, ein- und zweibettig, 7.50, 10.—, 17.95. Diwandecken 17.—, 21.—, 24.80. Tischdecken 7.50, 11.50, 15.—. Etamine-Garnituren, dreiteilig, 9.50, 12.—, 14.—. Tisch- und Diwandecken in Gobelin und Plüsch außergewöhnlich billig. Riesenauswahl in dunkelgrundigen Madras-Garnituren sowie Handfilet-Stores und Bettdecken. Anzahlung gestattet! Kein Laden! Vorzeiger 5 Prozent Rabatt.

**Damenmäntel und Kostüme** von 18 Mark an. Große Gelegenheitskäufe. Leihhaus Brunnenstraße 5, am Rosenthalertor.

**Dauerwäsche.** Reparaturen. Reichenbergerstraße 7.

**Gelegenheitskäufe, Reste, Samt, Seide,** Stoffe, einzelne Mäntel, Kostüme, Röcke, Strickwesten, Jumper billigst. Schmen, Bülowstraße 47, Ecke Göbenstraße, hochparterre. (Kein Laden.) 3661b*

## Möbel

**Schlafzimmer,** Eiche, dreiteiliger Ankleideschrank, aparte Ausführung, komplett nur 450.—, Speisezimmer, Eiche, mit Standuhr, komplett nur 525.—. Selten günstige Angebote. Nur einmal vorrätig. Möbelausstattungen Drimmer u. Halpern Brunnenstraße 33, Elsasserstraße 37, am Oranienburger Tor.

**Metallbetten,** Auflegematratzen, Patentmatratzen, Chaiselongues Walter, Stargarderstraße achtzehn.

**Rehfeld,** Badstraße 34, moderne Anrichteküchen 98, gebrauchte Küchen 30.

**Rehfeld,** Badstraße 34, Diplomaten, Eiche 75, Tische, Rohrstühle, neu 4.95.

**Rehfeld,** Badstraße 34, große Auswahl gebrauchter Einzelmöbel. Versand auch außerhalb.

**Rehfeld,** Badstraße 34, Ankleideschränke, Eiche, Nußbaum mit Spiegel 95.

**Rehfeld,** Badstraße 34, Schlafzimmer 250, Speisezimmer 495, Herrenzimmer 475.

**Möbel-Leckner,** Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Platz. Möbel jeder Art sehr preiswert. Große Auswahl. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

**Wichert, Elsasserstraße 20,** empfiehlt gutgearbeitete Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Einzelmöbel. Geschäftsprinzip: Großer Umsatz, allerbilligste Preise.

**Spottbillige Stühle.** Küchenstühle 2.50, birkene Rohrstühle 6.50, eichene Stühle 7.50. Wichert, Elsasserstraße 20.

**Klubgarnituren.** Tischdecken 7.90, Diwandecken 9.50, Korbsessel 7.50, Läuferstoffe 1.75, Teppiche, Brücken. Siebert, Große Frankfurterstraße 38.

**Messingbetten,** Doppelbetten, Metallbetten mit Auflage 29.50, Kinderbetten mit Auflage 25.—, Chaiselongues 12.—, Decken 15.—. Teilzahlung. Lieferung sofort. Wenke, Auguststraße 32a.

**Möbelfabrik** Georg Tennigkeit, Oranienstraße 172/173. Bevor Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie mein großes Lager und überzeugen Sie sich von den billigen Preisen. Jetzt Sonderangebot in Nußbaum-Einrichtungen, Eichen-Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Ruhebetten, Sofas, Klubmöbeln, farbigen Küchen.

**Günstige Möbelofferte!** Schlafzimmer, Küchen, sonstige Möbel liefert preiswert, event. mit Zahlungserleichterung das altbekannte Berliner Möbelhaus Wilh. Frese, N. 54, Weinbergsweg 1, am Rosenthaler Platz. Lagerbesuch lohnend und unverbindlich.

**Rundfunk!** Kleiderschrank 15.—, Vertiko 14.50, Sofa 15.—, Schreibtisch 28.—, Büfett 35.—, Küchen 22.—, Bettstellen komplett 15.—, Waschtoiletten 12.50. Riesenauswahl in Einzelstücken sowie Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, komplette Einrichtungen vom Einfachsten bis zum Apartesten. Zahlungserleichterung. Gottlieb, Müllerstraße 13, Bahnhof Gesundbrunnen. Freilieferung.

**Teilzahlung.** Verkaufe bei kleinster An- und Abzahlung zu billigsten Preisen Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen, Einzelmöbel, Korbmöbel. Ferner Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, Tischdecken, Steppdecken, Ruhebettdecken. Möbel-Cohn, im Osten: Große Frankfurter Straße 38 (5 Minuten vom Alexanderplatz); im Norden: Badstraße 47/48 (5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen).

**Räumungs-Verkauf** wegen Umbau, elegantes Speisezimmer, Eiche, komplett 750 Mark, elegantes Herrenzimmer, Eiche, komplett, 750 Mark, 50 komplette Zimmer zu weit herabgesetzten Preisen. Möbelgeschäft Hurschnecker, nur Kürnbergerstraße 24a.

**Du kannst,** mein lieber Gemahl, über die gewaltige Auswahl! Komm, wir kaufen nur im Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56. Herrenzimmer, komplett, 495, Klubsofas 110 Goldmark.

**Direkt ab Fabrik** Küchen in jeder Preislage, roh und gestrichen. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Nußbaummöbel an Händler und privat billig und gut. Zahlungserleichterung. Deutsch, Arkonaplatz zehn, Ecke Swinemünderstraße.

**Qualitätsmöbel!** Gegen bar und Teilzahlung liefert preiswerte Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen und Einzelmöbel. Vertriebsstelle Deutscher Möbelfabriken, Hugo Gerholdt, Landsbergerstraße 82, Nähe Alexanderplatz. Kein Ladengeschäft. Verkaufslager Hof 1. Etage. 3641b*

**Billige Möbel** finden Sie bei mir. Größte Auswahl: Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, weiße und lackierte Küchen bei billigster Preisstellung und erleichterter Zahlweise. Besuchen Sie meine Ausstellung und prüfen Sie meine Preise. Möbel-Freie, Weinbergsweg 1, am Rosenthalerplatz. (Firma beachten.)

## Musikinstrumente

**Pianos** dringend gesucht. Pianomagazin, Barbarossaplatz 2. Rollendorf 5897, 1154.

**Pianos** preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

**Pianos,** prächtige Instrumente, bequeme Zahlweise. Sachler, Oranienburgerstraße 42.

**Klaviere** 175.—. Oranienstraße 63. Zahlungserleichterung.

## Fahrräder

**Tourenfahrräder** 70.—. Fahrradhändler Ermäßigung. Schlawe, Weinmeisterstraße vier. 182/1*

## Kaufgesuche

**Pistolen,** Jagdgewehre höchstzahlend. Rose, Gollnowstraße 16.

**Fahrräder** kauft Linienstraße 19.

**Schallplatten** 0,50 an, Grammophone spottbillig. Köpenickerstraße 183a.

**Schallplatten** kauft höchstzahlend Köpenickerstraße 183a.

### Autozubehör

**Kugellager,** Autozubehör kauft Goldbew Schönhauser Allee 127.

## Unterricht

**Tanzunterricht,** Anfänger- und Modetänze jederzeit. Privatunterricht Schnellkurse. Stellmacher, Tempelhofer Ufer 1a, Halleschen Tor.

## Verschiedenes

**Vertrauensvolle Auskunft** Frauen, Mädchen, langjährige Erfahrung, ärztlich geprüft. Wolff, Wiener Straße 20, drittes Portal. II.

**136 000 Ratsuchende!** Die große Rechtsauskunftei Friedrichstraße 127. Untergrundbahn Oranienburger-Tor. Prozeßzentrale. Ununterbrochene Sprechstunden.

**Vertrauensvolle Auskunft.** Frau Hasengier, Hebamme a. D., Neue Königstraße 41 (Alexanderplatz).

### Geldverkehr

**Geld** durch Wagner, Große Frankfurter Str. 141 (Schlesischer Bahnhof).

## Arbeitsmarkt

### Stellengesuche

**Stunden-Buchhaltung,** Bilanzen, R. Stein, Charlottenburg, Grolmanstraße 63.

### Stellenangebote

**Metallschleifer** auf Messingbettstellen sofort verlangt. H. Reinhold, Glitzufer 24/25. 72/10c

**Legerinnen, geübte, auf Damenwäsche** suchen Michalski u. Lazarus, Rungestraße 25/27. 51/5

**Lehrmädchen** sofort gesucht. Vorstellung mit Eltern. Im Kinderparadies G. m. b. H., vormals Richard Renz, Berlin W., Potsdamer Straße 123.

### Hochbautechniker

mit umfassenden technischen Kenntnissen und guter Baupraxis als Bauführer für Wohnungsbauten sofort gesucht. Angebote mit Lebenslauf, Bildungsgang, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind zu richten an Gemeindevorstand Nowawes.

### Tüchtiger Maurerpolier

mit guter Baupraxis für größere Wohnungsbauten sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind zu richten an **Gemeindevorstand Nowawes.** 72/11a

### Tüchtiger Zimmerpolier

für Platz und Bau eile, mit guter Praxis, für größere Wohnungsbauten sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind zu richten an **Gemeindevorstand Nowawes.**

### Selbständiger Kunstseidenfärber

**gegen hohen Lohn in dauernde Stellung gesucht.**

Angebote unter N 4 an die Hauptexpedition des Vorwärts erbeten!

An saubere Arbeit gewöhnte

### Bootsbauer

gesucht

**Schiffswerft Hoffmeister**

Gr.-Lichterfelde-Ost, Berliner Str. 9

Nachweisl. tüchtiger **Kontobuch-Buchbinder** sowie **Liniierlehrling** sofort gesucht. **Buchdruckerei Herm. Haase & Co. Gesch.-Büch.-Fabrik A.-G.** NO 43, Neue Königstr. 39

**Besonders** wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **billig!!**

Tüchtige **Steindruck-, Flachdruck-Maschinenmeister** sucht **Selmar Bayer,** Reichenberger Straße 80.